

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008
und Lagebericht

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
Hof an der Saale

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
Hof an der Saale

Bilanz zum 31. Dezember 2008

A k t i v a

	Anhang	31.12.2008	31.12.2007
	Tz.	T€	T€
Anlagevermögen	4		
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	338	168
Sachanlagen		193	199
Finanzanlagen	6	3.094.279	3.087.298
		<u>3.094.810</u>	<u>3.087.665</u>
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		1.064.565	888.970
Sonstige Vermögensgegenstände		37.571	59.459
		<u>1.102.136</u>	<u>948.429</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	8	1.037	1.210
		<u>1.037</u>	<u>1.210</u>
		<u>4.197.983</u>	<u>4.037.304</u>

Passiva

	Anhang	31.12.2008	31.12.2007
	Tz.	T€	T€
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	9		
Stammaktien		293.932	292.787
Vorzugsaktien		3.811	3.778
--bedingtes Kapital I T€ 3.399 (i.Vj. T€3.550)--			
--bedingtes Kapital II T€ 2.402 (i.Vj. T€2.497)--			
--bedingtes Kapital III T€ 7.250 (i.Vj. T€8.181)--			
--bedingtes Kapital IV T€15.000 (i.Vj. T€15.000)--			
		<u>297.743</u>	<u>296.565</u>
Kapitalrücklage	10	1.574.427	1.550.721
Andere Gewinnrücklagen		51.129	51.129
Bilanzgewinn	11	<u>761.955</u>	<u>668.683</u>
		<u>2.685.254</u>	<u>2.567.098</u>
Rückstellungen			
	12		
Rückstellungen für Pensionen		1.723	1.302
Steuerrückstellungen		7.449	55.658
Sonstige Rückstellungen		<u>23.029</u>	<u>60.215</u>
		<u>32.201</u>	<u>117.175</u>
Verbindlichkeiten			
	13		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		597.262	307.457
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		540	368
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		879.032	1.041.981
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		89	64
Sonstige Verbindlichkeiten		<u>3.605</u>	<u>3.161</u>
		<u>1.480.528</u>	<u>1.353.031</u>
		<u>4.197.983</u>	<u>4.037.304</u>

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
Hof an der Saale

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

	<u>Anhang</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
	Tz.	T€	T€
Beteiligungsergebnis	15	328.703	243.690
--davon aus verbundenen Unternehmen T€328.639 (i.Vj. T€243.621)--			
Sonstige betriebliche Erträge	16	74.859	59.848
Personalaufwand	17	-7.511	-6.089
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-166	-145
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18	-83.570	-90.118
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	19	18.914	15.094
--davon aus verbundenen Unternehmen T€18.914 (i.Vj. T€15.094)--			
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		64.021	58.567
--davon aus verbundenen Unternehmen T€53.666 (i.Vj. T€35.184)--			
Abschreibungen auf Finanzanlagen	20	-816	-15.261
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-85.474	-89.794
--davon an verbundene Unternehmen T€48.303 (i.Vj. T€62.621)--			
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>308.960</u>	<u>175.792</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21	-55.452	-50.090
Sonstige Steuern		-16	-11
Jahresüberschuss		<u>253.492</u>	<u>125.691</u>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		508.463	542.992
Bilanzgewinn		<u><u>761.955</u></u>	<u><u>668.683</u></u>

Anhang der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, Hof an der Saale für das Geschäftsjahr 2008

1. Allgemeines

Rechnungslegung

Die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, im Folgenden auch kurz "FMC-AG & Co. KGaA" oder die „Gesellschaft“ genannt, unterliegt seit dem Geschäftsjahr 2007 als kapitalmarktorientiertes Mutterunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union („EU“) der Pflicht, den Konzernabschluss nach den „International Financial Reporting Standards“ („IFRS“) unter Anwendung von § 315a HGB aufzustellen und zu veröffentlichen. Die Gesellschaft hat zum 31. Dezember 2008 einen Konzernabschluss mit den am Abschlussstichtag gültigen Richtlinien des „International Accounting Standards Board“ (IASB) und den verbindlichen Interpretationen des „International Financial Reporting Interpretations Committee“ (IFRIC), vormals „Standing Interpretations Committee“ (SIC), wie sie in der EU verpflichtend anzuwenden sind, aufgestellt und wird diesen veröffentlichen. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht werden beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers elektronisch eingereicht.

Weiterhin stellte die Gesellschaft einen Konzernabschluss nach US-GAAP in US-\$ auf und reicht diesen mit dem Formular 20-F der Securities and Exchange Commission, Washington, D. C., USA, ein.

Die Gesellschaft wird in den beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers elektronisch eingereichten Konzernabschluss der Fresenius SE, Bad Homburg v.d.H., nach § 315a HGB (IFRS) und in deren freiwillig aufgestellten Konzernabschluss nach US-GAAP einbezogen.

Die Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 S. 1 Nr. 11 HGB erfolgen statt im Anhang alternativ in einer separaten Beteiligungsliste der FMC-AG & Co. KGaA nach § 287 Satz 1 HGB. Diese wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers elektronisch eingereicht, der die Angaben dem Unternehmensregister übermittelt. Aus ihr lassen sich auch die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen entnehmen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr beibehalten worden.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungskosten bewertet, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen. Die Nutzungsdauer für Standardsoftware beträgt 2 Jahre. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, soweit den Vermögensgegenständen ein niedrigerer Wert am Bilanzstichtag beizulegen ist und die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist.

Die ausschließlich andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung umfassenden Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer oder, soweit steuerlich zulässig, degressiver Abschreibungen bewertet. Für die Abschreibungsermittlung gelten überwiegend Nutzungsdauern von 3 – 5 Jahren. Geringwertige Anlagegüter werden in einen Sammelposten eingestellt und über einen Zeitraum von 5 Jahren linear abgeschrieben.

Bei den degressiven Abschreibungen wird auf die lineare Abschreibungsmethode übergegangen, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, soweit den Vermögensgegenständen ein niedrigerer Wert am Bilanzstichtag beizulegen ist und die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist.

Sofern die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden sie durch entsprechende Zuschreibungen rückgängig gemacht.

Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten werden grundsätzlich genutzt.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nominalbetrag abzüglich erforderlicher Einzelwertberichtigungen angesetzt.

Die Pensionsrückstellungen werden mit dem Teilwert nach § 6a EStG und unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 % p.a. sowie unter Zugrundelegung der Richttafeln von Prof. Dr. K. Heubeck (RT 2005 G) gebildet.

Die übrigen Rückstellungen werden für erkennbare Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten gebildet und mit dem Betrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

3. Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungspositionen erfolgt mit dem Kurs zum Entstehungszeitpunkt oder bei Forderungen zum niedrigeren und bei Verbindlichkeiten zum höheren Marktkurs am Bilanzstichtag, soweit dies bei nicht kursgesicherten Positionen erforderlich ist.

Bilanzerläuterungen

4. Anlagevermögen

Die Aufgliederung der zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung ist nachfolgend dargestellt:

	Stand 01.01.2008	Zugänge	Umb- chungen	Abgänge	Abschrei- bungen kum.	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	kum. Abschrei- bungen auf Abgänge	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Buchwerte 31.12.2008	Buchwerte 31.12.2007
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Immaterielle Vermögensgegenstände										
Konzessionen und ähnliche Rechte	1.826	217	148	-	1.853	47	-	-	338	20
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	148	-	-148	-	-	-	-	-	-	148
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	1.974	217	-	-	1.853	47	-	-	338	168
Sachanlagen										
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	687	126	-	29	591	119	16	-	193	199
Summe Sachanlagen	687	126	-	29	591	119	16	-	193	199
Finanzanlagen										
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.875.771	1.270.810	-	1.265.344	6.641	816	3.259	-	2.874.596	2.866.687
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	238.476	168	-	8.079	18.916	-	-	2.739	211.649	216.821
Beteiligungen	3.790	-	-	-	-	-	-	-	3.790	3.790
Geleistete Anzahlungen auf Finanzanlagen	-	4.244	-	-	-	-	-	-	4.244	-
Summe Finanzanlagen	3.118.037	1.275.222	-	1.273.423	25.557	816	3.259	2.739	3.094.279	3.087.298
Anlagevermögen	3.120.698	1.275.565	-	1.273.452	28.001	982	3.275	2.739	3.094.810	3.087.665

5. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen ausschließlich Standardsoftware.

6. Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich im Wesentlichen durch die Vornahme von Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen sowie durch Liquidationen von Gesellschaften verändert.

Außerdem hat die FMC-AG & Co. KGaA mit Ablauf des 31. Dezember 2008 neben anderen Beteiligungen vor allem sämtliche von ihr gehaltenen Anteile an der FMC D-GmbH sowie den Auseinandersetzungsanspruch aus der Kündigung der stillen Beteiligung an der FMC Finance II in die FMC Beteiligungsgesellschaft im Wege der Kapitalerhöhung durch Sacheinlage zu Buchwerten in Höhe von T€ 1.211.495 eingelegt. Die Höhe der Finanzanlagen hat sich durch diesen Vorgang nicht verändert.

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen haben sich hauptsächlich durch den Verkauf einer Ausleihung verändert.

7. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen Darlehen, die daraus resultierenden Zinsforderungen und laufende Verrechnungskonten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Steuerforderungen auf Grund von geleisteten Zahlungen für zum Teil angefochtene Steuerbescheide sowie Gewerbesteuerforderungen für das Jahr 2008.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände weisen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr auf.

8. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Geschäftsjahr 2004 übernahm die FMC-AG & Co. KGaA von der FMC Trust Finance III die in 2011 fällige Darlehensverbindlichkeit in Höhe von T€ 300.000 gegenüber dem FMC Capital Trust V unter Abzug eines Disagios. Das Disagio wird mit einem Buchwert von T€634 unter dem Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Restlaufzeit linear verteilt.

9. Gezeichnetes Kapital

	<u>T€</u>	<u>Aktien</u>
<u>Inhaber-Stammaktien</u>		
Stand 31.12.2007	292.787	292.786.583
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen	1.145	1.145.453
Stand 31.12.2008	293.932	293.932.036

Inhaber-Vorzugsaktien

Stand 31.12.2007	3.778	3.778.087
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen	33	32.453
Stand 31.12.2008	3.811	3.810.540

Mit Schreiben vom 15. Februar 2006 hat die Fresenius SE, Else-Kröner-Straße 1, Bad Homburg v.d.H., gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sie 36,77 % der Stimmrechte an den Stammaktien hält.

Zum 31. Dezember 2008 hält die Fresenius SE, Else-Kröner-Straße 1, Bad Homburg v.d.H., 36,27% der Stimmrechte an den Stammaktien der Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Fresenius SE, Else-Kröner-Straße 1, Bad Homburg v.d.H., alleinige Aktionärin der Fresenius Medical Care Management AG, Hof an der Saale, die wiederum die persönlich haftende Gesellschafterin der FMC-AG & Co. KGaA ist.

Die Komplementärin, die Fresenius Medical Care Management AG, ist zur Stellung einer Kapitaleinlage weder verpflichtet noch berechtigt. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der Gesellschaft beteiligt. Die persönlich haftende Gesellschafterin erhält für die Übernahme der Geschäftsführung der Gesellschaft und der Haftung eine Vergütung von 4% ihres Grundkapitals.

Genehmigtes Kapital I

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 ist der Vorstand ermächtigt worden, bei erfolgreicher Durchführung des Formwechsels und Umtausch der Inhaber-Vorzugsaktien die Aufhebung des bestehenden Genehmigten Kapitals I basierend auf Inhaber-Vorzugsaktien vorzunehmen und die Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals I sowie die entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen.

Die Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals um insgesamt bis zu T€ 30.720 durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Mai 2005 wurde danach aufgehoben.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ermächtigt, in der Zeit bis zum 29. August 2010 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt T€ 35.000 gegen Bareinlage durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu entscheiden. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur für Spitzenbeträge zulässig. Die neuen Aktien können auch von durch die persönlich haftende Gesellschafterin bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Genehmigtes Kapital II

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 ist der Vorstand ermächtigt worden, bei erfolgreicher Durchführung des Formwechsels und Umtausch der Inhaber-Vorzugsaktien die Aufhebung des bestehenden Genehmigten Kapitals II basierend auf Inhaber-Vorzugsaktien vorzunehmen und die Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals II sowie die entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen.

Die Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals um insgesamt bis zu T€ 20.480 durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 23. Mai 2001 wurde danach aufgehoben.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ermächtigt, in der Zeit bis zum 29. August 2010 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt T€ 25.000 durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlage und/oder Sacheinlage zu erhöhen (genehmigtes Kapital II). Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ferner ermächtigt, jeweils mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu entscheiden. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur zulässig, wenn im Fall einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlage der auf die neuen Aktien entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages durch die persönlich haftende Gesellschafterin nicht wesentlich unterschreitet oder im Falle einer Kapitalerhöhung

gegen Sacheinlagen die Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder einer Beteiligung an einem Unternehmen erfolgen soll.

Bedingtes Kapital

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat seit 1996 insgesamt vier Programme zur erfolgsabhängigen Vergütung des Vorstands und der leitenden Mitarbeiter beschlossen. Die Programme basieren auf Wandelschuldverschreibungen oder Aktienoptionen, für welche jeweils die nachfolgend beschriebenen bedingten Kapitalerhöhungen beschlossen wurden. Die Kapitalerhöhungen werden jeweils nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen bzw. Aktienoptionen von ihren Wandlungsrechten Gebrauch machen.

Bedingtes Kapital I

In den Hauptversammlungen vom 24. September 1996 und vom 2. Juni 1999 ist eine bedingte Kapitalerhöhung von nom. T€ 12.800 durch Ausgabe stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien beschlossen worden.

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 23. Mai 2001 ist dieses bedingte Kapital auf den Betrag herabgesetzt worden, der zur Sicherung der bisher ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen auf Grund der am 23. September 2001 auslaufenden Ermächtigung der Hauptversammlung vom 24. September 1996 erforderlich ist, nämlich auf nom. T€ 6.144.

Durch den Beschluss in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 hatten die Berechtigten aus den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen die Möglichkeit, die vertragliche Grundlage für die Optionen sowie Wandelschuldverschreibungen dahingehend zu ändern, dass sich diese jeweils auf den Bezug von Stammaktien richten. Auf Grund dessen wurde am 10. Februar 2006 das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital der FMC-AG & Co. KGaA sich um T€ 3.728 bedingt erhöht, durch Ausgabe von bis zu 1.108.074 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 348.260 neuen Inhaber-Stammaktien.

Durch den Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 wurde das bedingte Kapital I mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um T€ 3.671 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 3.086.742 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 584.733 neuen Inhaber-Stammaktien.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde von den Wandlungsrechten teilweise Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
6.451	145.082	152

Bedingtes Kapital II

In den Hauptversammlungen vom 10. Juni 1998 und vom 2. Juni 1999 ist beschlossen worden, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu T€ 6.400 durch Ausgabe von bis zu Stück 2.500.000 stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien an die Berechtigten der gemäß dem Aktienoptionsprogramm auszugebenden Bezugsrechte bedingt zu erhöhen. Hiervon entfallen bis zu 500.000 Stück auf die Gruppe der Mitglieder des Vorstands. Auf die Gruppe der Mitarbeiter entfallen bis zu 2.000.000 Stück, die zum Bezug stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien berechtigen. Die Ausgabe der stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien erfolgt zu dem jeweils festgelegten Ausübungspreis. Die neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien nehmen am Gewinn ab Beginn des Geschäftsjahres teil, in dem die Ausgabe erfolgt.

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 23. Mai 2001 ist dieses bedingte Kapital auf den Betrag herabgesetzt worden, der zur Sicherung der bisher ausgegebenen Aktienoptionen erforderlich ist, nämlich auf nom. T€ 3.072.

Durch den Beschluss in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 hatten die Berechtigten aus den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen die Möglichkeit, die vertragliche Grundlage für die Optionen sowie Wandelschuldverschreibungen dahingehend zu ändern, dass sich diese jeweils auf den Bezug von Stammaktien richten. Auf Grund dessen wurde am 10. Februar 2006 das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital der FMC-AG & Co. KGaA sich um T€ 2.246 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 768.162 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 109.174 neuen Inhaber-Stammaktien.

Durch den Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 wurde das bedingte Kapital II mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um T€ 2.540 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 2.301.036 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 239.094 neuen Inhaber-Stammaktien.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde von dem Ausübungsrecht teilweise Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
0	95.739	96

Bedingtes Kapital III

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 23. Mai 2001 ist beschlossen worden, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu T€ 10.240 durch Ausgabe von bis zu Stück 4.000.000 stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien zur Sicherung der in der Hauptversammlung vom 23. Mai 2001 beschlossenen Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen bedingt zu erhöhen. Hiervon entfallen bis zu 500.000 Stück auf die Gruppe der Mitglieder des Vorstands. Auf die Gruppe der Mitarbeiter entfallen bis zu 3.500.000 Stück, die zum Bezug stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien berechtigen. Die neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien nehmen am Gewinn ab Beginn des Geschäftsjahres teil, in dem die Ausgabe erfolgt.

Durch den Beschluss in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 hatten die Berechtigten aus den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen die Möglichkeit, die vertragliche Grundlage für die Optionen sowie Wandelschuldverschreibungen dahingehend zu ändern, dass sich diese jeweils auf den Bezug von Stammaktien richten. Auf Grund dessen wurde am 10. Februar 2006 das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital der FMC-AG & Co. KGaA sich um T€ 8.965 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 1.109.967 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 2.391.884 neuen Inhaber-Stammaktien.

Durch den Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 wurde das bedingte Kapital III mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um T€ 9.159 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 3.248.280 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 5.910.873 neuen Inhaber-Stammaktien.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde von den Wandlungsrechten teilweise Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
26.002	904.632	930

Bedingtes Kapital IV

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 9. Mai 2006 ist beschlossen worden, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu T€ 12.800 bedingt zu erhöhen durch Ausgabe von bis zu Stück 5.000.000 neuer Inhaber-Stammaktien. Hiervon entfallen bis zu 1.000.000 Stück auf die Gruppe der Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin. Auf die Gruppe der Mitarbeiter entfallen bis zu 4.000.000 Stück, die zum Bezug von Inhaber-Stammaktien berechtigen. Für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin ist ausschließlich deren Aufsichtsrat zuständig. Die neuen Inhaber-Stammaktien nehmen ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem die Ausgabe erfolgt, am Gewinn teil.

Der Ausübungskurs der unter dem Aktienoptionsplan 2006, im Folgenden auch kurz „2006 Plan“ genannt, gewährten Optionen entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs, der für die Stammaktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten 30 Kalendertage vor dem jeweiligen Zuteilungszeitpunkt notiert wurde. Die unter dem 2006 Plan gewährten Optionen haben eine Laufzeit von sieben Jahren, können jedoch erst nach einer dreijährigen Wartezeit ausgeübt werden. Optionen werden zugeteilt, wenn die Erfolgsziele über einen Zeitraum von drei Jahren ab dem Tag der Zuteilung erreicht werden. In jedem dieser Jahre gilt das Erfolgsziel als erreicht, wenn das bereinigte Ergebnis je Stammaktie („EPS“) der Gesellschaft, wie es unter dem 2006 Plan errechnet wird, sich während der Wartezeit jährlich um mindestens 8% erhöht; Ausgangswert ist das EPS im Jahr der Zuteilung gegenüber dem EPS vor dem Jahr der Zuteilung. Für jede Zuteilung gilt, dass ein Drittel der zugeteilten Optionen für jedes Jahr, in dem das Ziel von 8% für das EPS nicht erreicht oder übertroffen wird, verfällt. Die Ausübung eines oder mehrerer Anteile einer Zuteilung für ein oder mehrere Jahre, in denen das Erfolgsziel erreicht wurde, kann erst nach Ablauf der gesamten dreijährigen Wartezeit erfolgen.

Durch den Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 wurde das bedingte Kapital IV mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um T€ 15.000 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 15.000.000 neuen Inhaberstammaktien. Die Neueinteilung des Grundkapitals ist bei der Berechnung, ob das Erfolgsziel jeweils erreicht wurde, so zu berücksichtigen, dass weiterhin eine Vergleichbarkeit der Bezugsgrößen gewährleistet ist.

10. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich wie folgt entwickelt:

	T€
Vortrag zum 01.01.2008	1.550.721
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen	23.706
Stand 31.12.2008	1.574.427

11. Bilanzgewinn

Im Bilanzgewinn ist ein Gewinnvortrag aus dem Vorjahr gemäß Gewinnverwendungsbeschluss in Höhe von T€ 508.463 enthalten.

12. Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen enthalten voraussichtliche Beträge aus noch ausstehenden Steuerveranlagungen für das Geschäftsjahr und die Vorjahre. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Inanspruchnahme der Rückstellungsbeträge auf Grund des Abschlusses einer Betriebsprüfung in 2008 zurückzuführen.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten vor allem Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, Jahresabschlusskosten sowie Personalrückstellungen.

13. Verbindlichkeiten

	31.12.2008				31.12.2007			
	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahre	über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahre	über 5 Jahre
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	597.262	41.540	465.722	90.000	307.457	652	565	306.240
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	540	540	-	-	368	368	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon an die persönlich haftende Gesellschafterin)	879.032 (12.499)	572.498 (12.499)	306.534	-	1.041.981 (12.152)	535.447 (12.152)	506.534	-
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	89	89	-	-	64	64	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern)	3.605 (153)	3.605 (153)	-	-	3.161 (0)	2.905 (0)	256	-
Summe	1.480.528	618.272	772.256	90.000	1.353.031	539.436	507.355	306.240

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten in Höhe von TUS-\$ 295.366 (T€ 304.722) und T€ 120.000 enthalten, die die Gesellschaft im Rahmen der unter den Haftungsverhältnissen beschriebenen Kreditvereinbarung 2006 aufgenommen hat. Zur Besicherung eines Großteils der Verbindlichkeiten aus der Kreditvereinbarung 2006 sind die Anteile am Stammkapital wesentlicher Tochtergesellschaften an die Gläubiger verpfändet worden.

Außerdem sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Verbindlichkeiten gegenüber der Europäischen Investitionsbank („EIB“) enthalten. Die zugrundeliegenden Kreditvereinbarungen wurden in den Jahren 2005 und 2006 abgeschlossen. Insgesamt stehen der Gesellschaft aus diesen Vereinbarungen Kreditfazilitäten in Höhe von T€ 221.000 zur Verfügung. Die Gesellschaft nutzt sie zur Refinanzierung bestimmter Forschungs- und Entwicklungsprojekte, zur Investition in die Ausweitung und Optimierung bestehender Produktionsstätten und zur Finanzierung von Modernisierungsprojekten für Dialysekliniken.

Die Kredite der EIB sind mit variablen Zinssätzen verzinst, die quartalsweise angepasst werden. Teilweise hat die Gesellschaft das Recht, diese Verzinsung auf eine Festsatzverzinsung umzustellen. Die Inanspruchnahme aller Fazilitäten kann in verschiedenen Währungen, einschließlich des US-\$, vorgenommen werden. Die Kredite werden mit Bankgarantien besichert und enthalten übliche Auflagen und Verpflichtungen.

Die Gesellschaft hatte am 31. Dezember 2008 aus diesen Fazilitäten Darlehen in Höhe von TUS-\$ 48.806 (T€ 41.000) und T€ 90.000 in Anspruch genommen, die in den Jahren 2013 und 2014 zurückzuzahlen sind. Diese Kredite wurden zum 31. Dezember 2008 mit 2,026% bzw. 4,767% verzinst.

Des Weiteren nahm die FMC-AG & Co. KGaA am 30. Dezember 2008 einen kurzfristigen Kredit in Höhe von T€ 40.000 bei der Dresdner Bank AG auf, der am 13. Januar 2009 zurückbezahlt wurde.

14. Haftungsverhältnisse

	31.12.2008	31.12.2007
	T €	T €
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen (davon gegenüber verbundenen Unternehmen)	3.334.127 (3.333.670)	3.322.326 (3.321.716)

Am 31. März 2006 wurde die Gesellschaft Vertragspartner in einer neuen syndizierten Bankkreditvereinbarung („Kreditvereinbarung 2006“) mit der Bank of America, N.A., Deutsche Bank AG (Zweigniederlassung New York), The Bank of Nova Scotia, Credit Suisse (Zweigniederlassung Cayman Islands), JP Morgan Chase Bank (Landesgesellschaft USA) und weiteren Darlehensgebern (kollektiv die „Gläubiger“), in der die Gläubiger FMC-AG & Co. KGaA und bestimmten Tochtergesellschaften drei Kreditfazilitäten in einer Gesamthöhe von bis zu TUS-\$ 4.600.000 bereitstellen.

Im Juli 2007 erfolgten freiwillige vorzeitige Teilrückzahlungen in Höhe von insgesamt TUS-\$ 300.000. Damit wurde der zur Verfügung stehende Kreditrahmen reduziert. Ab dem 30. September 2008 erfolgten weitere planmäßige Tilgungen, die zu einer Reduzierung des Kreditrahmens auf TUS-\$ 4.061.192 führten.

Der Kredit valutiert zum 31. Dezember 2008 mit TUS-\$ 3.478.073. Davon entfallen TUS-\$ 111.994 auf Stand-by Letters of Credit und TUS-\$ 3.366.079 auf in der Bilanz des Konzernabschlusses auszuweisende Verbindlichkeiten.

Die Verpflichtungen aus der Kreditvereinbarung 2006 werden von FMC-AG & Co. KGaA und einigen ihrer wichtigsten Tochtergesellschaften, einschließlich der FMC D-GmbH, garantiert.

Im Zusammenhang mit der Kreditvereinbarung 2006 ist die FMC-AG & Co. KGaA marktübliche Verpflichtungen eingegangen. Weiterhin sind bestimmte Zahlungen der Gesellschaft, insbesondere Dividendenausschüttungen, limitiert.

Darüber hinaus garantieren die FMC-AG & Co. KGaA und einige ihrer wichtigsten Tochtergesellschaften, einschließlich der FMC D-GmbH, die Verpflichtungen des FMC Capital Trust IV aus der Begebung so genannter Trust Preferred Securities mit einem Nominalvolumen von TUS-\$ 225.000. Bei den Trust Preferred Securities handelt es sich um Wertpapiere, die einen Anspruch auf eine feste Verzinsung gewähren und die bezogen auf das Vermögen des jeweiligen Trusts Eigenkapitalcharakter haben.

Die FMC-AG & Co. KGaA garantiert zusammen mit ihren beiden Tochtergesellschaften Fresenius Medical Care Holdings, Inc. und FMC D-GmbH außerdem die Verpflichtungen aus einer vorrangigen Anleihe der FMC Finance III S.A., Luxemburg. Diese Anleihe mit einem Nominalvolumen von TUS-\$ 500.000 und einer Laufzeit von 10 Jahren wurde am 2. Juli 2007 begeben.

Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

15. Beteiligungsergebnis

	2008	2007
	T€	T€
Erträge aus Beteiligungen (davon aus verbundenen Unternehmen)	12.258 (12.194)	20.521 (20.452)
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen (davon aus verbundenen Unternehmen) (davon sonstige betriebliche Erträge aus Steuerumlagen)	317.632 (317.632) (53.622)	254.497 (254.497) (90.011)
Aufwendungen aus Verlustübernahme (davon aus verbundenen Unternehmen)	-1.187 (-1.187)	-31.328 (-31.328)
Summe	328.703	243.690

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen betreffen im Geschäftsjahr hauptsächlich die FMC D-GmbH und die FMC Beteiligungsgesellschaft.

16. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen vor allem Kursgewinne aus Fremdwährung. In vergleichbarer Höhe sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Kursverluste aus Fremdwährung enthalten.

Außerdem beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge einen Erlös in Höhe von T€ 11.424 aus der Zuschreibung und anschließenden Veräußerung einer einem verbundenen Unternehmen in Brasilien gewährten Ausleihung, die im Berichtsjahr an ein Tochterunternehmen verkauft wurde.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten zusätzlich Erträge aus der Zuschreibung von Ausleihungen an FMC Mexico, FMC Argentinien und Pontorno in Höhe von insgesamt T€ 985, welche in Vorjahren außerplanmäßig abgeschrieben wurden.

17. Personalaufwand

	2008	2007
	T€	T€
Löhne und Gehälter	6.389	5.207
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung)	1.122 (345)	882 (222)
Summe	7.511	6.089

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt
(durchschnittlich vollzeitbeschäftigt)

	2008	2007
Angestellte	74	63

18. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen vor allem Kursverluste aus Fremdwährung. Diesen stehen Kursgewinne aus Fremdwährung in vergleichbarer Höhe gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind.

Außerdem beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen Weiterbelastungen der FMC Management AG für die Kosten, die ihr für die Führung der Geschäfte der FMC-AG & Co. KGaA entstanden sind.

Im Vorjahr enthielten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen Kosten für die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Zusammenhang mit einer Zinsswapvereinbarung mit einer Tochtergesellschaft in Luxemburg.

19. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens mit verbundenen Unternehmen beinhalten periodenfremde Zinserträge in Höhe von T€ 6.300 aus der Verzinsung einer Ausleihung an ein verbundenes Unternehmen in Brasilien für den Zeitraum vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2007. Diese Ausleihung war in den Geschäftsjahren bis einschließlich 2007 auf Grund eines ausgewiesenen Bilanzverlustes unverzinslich. Durch das Eintreten des Besserungsfalles bei dieser Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2008 die Verzinsung rückwirkend vorgenommen.

20. Abschreibungen auf Finanzanlagen

In Höhe von T€ 816 wurden die Anschaffungsnebenkosten der FMC Capital Trusts planmäßig abgeschrieben.

Im Vorjahr wurden die Ausleihungen an Pontormo, FMC Mexico und FMC Brasil um T€ 14.146 außerplanmäßig abgeschrieben.

21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2008	2007
	T€	T€
Körperschaftsteuer	25.226	21.417
Solidaritätszuschlag	1.169	808
Gewerbeertragsteuer	29.057	27.865
Summe	55.452	50.090
(davon periodenfremde Steuern)	(8.179)	(-10.682)

Seit dem 1. Oktober 2006 ist die Gesellschaft umsatzsteuerlicher Organträger für deutsche Tochtergesellschaften. Zwischen der FMC-AG & Co. KGaA und der FMC D-GmbH (bis einschließlich 31. Dezember 2008) sowie der FMC Beteiligungsgesellschaft besteht eine gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaft. Darüber hinaus bestehen mit unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften der FMC D-GmbH und der FMC Beteiligungsgesellschaft ebenfalls gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaften.

22. Eigene Anteile

Im Laufe des Geschäftsjahres erwarb die FMC-AG & Co. KGaA eigene Stammaktien, die im Rahmen der Mitarbeitererfolgsbeteiligung an bezugsberechtigte Mitarbeiter ausgegeben wurden.

Grundlage hierfür ist eine vom Vorstand und Gesamtbetriebsrat unterschriebene Betriebsvereinbarung, wonach Mitarbeiter für 2007 eine Erfolgsbeteiligung in Höhe von € 1.526,50 brutto pro Vollzeitmitarbeiter zuzüglich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung erhalten. Ca. 2/3 der ermittelten Höhe der Erfolgsbeteiligung wurde für die Vergabe von Stammaktien verwendet. Für die Verwendung von ca. 1/3 der Erfolgsbeteiligung hatte der Mitarbeiter ein Wahlrecht zwischen einer Barauszahlung oder dem Bezug weiterer Stammaktien. Die Festlegung der Höhe der Erfolgsbeteiligung auf Stammaktien erfolgte am 21. Mai 2008.

Bezugsberechtigt sind alle Mitarbeiter,

- die am 31. Dezember 2007 eine ununterbrochene Betriebszugehörigkeit von mindestens drei Jahren bei der Fresenius SE, Bad Homburg v.d.H., FMC-AG & Co. KGaA, Fresenius Kabi AG, Frankfurt am Main, Fresenius ProServe GmbH, Bad Homburg v.d.H., oder deren in der Betriebsvereinbarung festgelegten Tochtergesellschaften aufweisen und sich zu diesem Zeitpunkt in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis bei der FMC-AG & Co. KGaA oder bei einer in der Betriebsvereinbarung festgelegten Tochtergesellschaft befinden, wobei die bisherige Betriebszugehörigkeit bei einem Wechsel zwischen diesen Unternehmen angerechnet wird.
- die nicht den Status eines leitenden Mitarbeiters gemäß Fresenius-Definition aufweisen.

Zum Zwecke der Mitarbeitererfolgsbeteiligung für das Geschäftsjahr 2007 wurden im Geschäftsjahr 2008 folgende Stammaktien erworben und an Mitarbeiter ausgegeben:

	Datum	Stück	Preis (in €)
Kauf	21.05.2008	86.000	34,69
Ausgabe an Mitarbeiter	04.12.2008	-80.863	34,39
Verkauf an Bank	27.11.2008	-1.590	35,70
Verkauf an Bank	16.12.2008	-3.547	34,00

23. Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung bestehender oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu erwartender Zins- und Währungsrisiken und im Zusammenhang mit Konzerndarlehen in fremder Währung setzt die FMC AG & Co. KGaA derivative Finanzinstrumente ein.

Zum Stichtag hatte die Gesellschaft im Wesentlichen US-\$ bzw. € Währungsderivate mit einem Nominalvolumen von T€ 1.309.943 und einer maximalen Laufzeit von 25 Monaten in ihrem Bestand. Davon entfallen Finanzinstrumente mit einem Nominalvolumen von T€ 961.043 auf mit Banken kontrahierte Kontrakte, denen gegenläufige Kontrakte zwischen der FMC AG & Co. KGaA und einigen Tochtergesellschaften zu gleichen Konditionen gegenüberstehen. Die Tochtergesellschaften verwenden die Kontrakte zur Sicherung ihres operativen Geschäftes gegen Währungsrisiken. Für die übrigen Währungsderivate mit einem negativen beizulegenden Zeitwert von T€ - 4.759 wurden zum Bilanzstichtag nach Berücksichtigung gebildeter Bewertungseinheiten Drohverlustrückstellungen in Höhe von T€ 1.886 gebildet.

Des Weiteren hatte die Gesellschaft mit Banken Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von T€ 1.868.219 (TUS-\$ 2.600.000) und einem zum Stichtag negativen beizulegenden Zeitwert von T€ -102.037 (TUS-\$ -142.005) abgeschlossen, denen im Rahmen eines Sicherungsgeschäftes mit einer Tochtergesellschaft Zinsswaps mit gleichem Nominalvolumen und einem zum Stichtag positiven beizulegenden Zeitwert von T€ 117.090 (TUS-\$ 162.954) entgegenstehen.

Der beizulegende Zeitwert basiert auf dem Marktwert, zu dem ein derivatives Finanzinstrument in einer freiwilligen Transaktion zwischen unabhängigen Parteien gehandelt werden könnte, wobei Zwangsverkäufe oder Liquidationsverkäufe außer Betracht bleiben.

24. Prüfungskosten

Die FMC-AG & Co. KGaA hat im Geschäftsjahr und im Vorjahr für den Abschlussprüfer Honorare für die Abschlussprüfung sowie sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen im Aufwand erfasst.

	2008	2007
	T€	T€
Abschlussprüfung	798	797
Steuerberatungsleistungen	0	0
Sonstige Leistungen	0	0
Bestätigungsleistungen	10	8
Summe	808	805

25. Vergütungsbericht des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin

Der Vergütungsbericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA zur Anwendung kommen, und erläutert die Höhe und Struktur der Vorstandsvergütungen. Der Vergütungsbericht wird auf der Basis der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex erstellt und beinhaltet ferner die Angaben, die gemäß dem Handelsgesetzbuch, erweitert durch das Gesetz über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen (VorstOG), erforderlich sind.

I. Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist das Aufsichtsratsplenum der Fresenius Medical Care Management AG zuständig. Im Geschäftsjahr 2008 wurde der Aufsichtsrat dabei erstmalig von einem Personalausschuss, dem Human Resources Committee, unterstützt. Das Human Resources Committee setzte sich im Berichtsjahr aus den Herren Dr. Ulf M. Schneider, Dr. Gerd Krick, William P. Johnston und Dr. Walter Weisman zusammen.

Zielsetzung des Vergütungssystems ist es, die Mitglieder des Vorstands an der Entwicklung des Unternehmens entsprechend ihren Aufgaben und Leistungen sowie den Erfolgen bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds teilhaben zu lassen.

Die Vergütung des Vorstands ist in ihrer Gesamtheit leistungsorientiert und setzte sich im Geschäftsjahr 2008 aus drei Komponenten zusammen:

- erfolgsunabhängige Vergütung (Grundgehalt)
- erfolgsbezogene Vergütung (variabler Bonus)
- Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktioptionen, aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich).

Des Weiteren hatten im Berichtszeitraum drei Mitglieder des Vorstands Pensionszusagen.

Die Ausgestaltung der einzelnen Komponenten folgt dabei den nachstehenden Kriterien:

Die erfolgsunabhängige Vergütung wurde im Geschäftsjahr 2008 in zwölf monatlichen Raten als Grundgehalt ausbezahlt. Zusätzlich haben die Mitglieder des Vorstands Nebenleistungen erhalten, die im Wesentlichen aus Versicherungsleistungen, der Privatnutzung der Firmen-Pkw, Sonderzahlungen wie z.B. Auslandszulagen, Wohnkostenzuschüssen und Gebühren-erstattungen sowie Zuschüssen zur Renten- und Krankenversicherung bestehen.

Die erfolgsbezogene Vergütung wird auch für das Geschäftsjahr 2008 als variabler Bonus gewährt. Die Höhe des jeweiligen Bonus ist von der Erreichung individueller sowie gemeinsamer Ziele abhängig. Für die gesamte erfolgsbezogene Vergütung ist der maximal erreichbare Bonus fixiert. Die Zielvorgaben werden über die Kennzahlen Umsatzwachstum, Jahresüberschuss des Konzerns und operatives Ergebnis (EBIT) sowie an der Entwicklung des Cash-Flow gemessen, unterliegen teilweise einem Vergleich mit Vorjahreswerten und lassen sich zu einem weiteren Teil aus der Gegenüberstellung von Soll- (= Budget-) mit Ist-Werten ermitteln. Des Weiteren findet eine Unterteilung in Zielsetzungen auf Konzernebene und in solche Zielsetzungen statt, die in einzelnen Regionen zu erfüllen sind. Die regionalen Vorgaben beinhalten zudem in einigen Fällen Sonderbestandteile, die über einen dreijährigen Zeitraum und damit nur für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 eine besondere Bonuskomponente an das Erreichen von außerordentlichen finanziellen Zielen knüpften, die im Zusammenhang mit speziellen Integrationsmaßnahmen (wie z.B. im Zusammenhang mit der Übernahme der Renal Care Group in den USA) standen. Die Sonderbestandteile erforderten insoweit einen außergewöhnlichen Ergebnisanstieg. Diese besondere Bonuskomponente setzte sich sodann hälftig aus einer Barzahlung sowie aus einer Vergütung zusammen, die sich an der Kursentwicklung der Stammaktien der Gesellschaft orientiert. Im Falle der jährlichen Zielerreichung erfolgte, respektive erfolgt die Barzahlung nach Abschluss des jeweiligen Geschäftsjahres; die in diesen Fällen dann ebenfalls jährlich einzuräumende aktienbasierte Vergütung unterliegt einer dreijährigen Wartezeit. Die Auszahlung dieser aktienbasierten Vergütung entspricht dem Kurswert der Stammaktie der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA bei Ausübung, und wird aus diesem Grund den Vergütungsbestandteilen mit langfristiger Anreizwirkung zugerechnet.

Für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 stellte sich die Höhe der Barvergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG wie folgt dar:

	Erfolgsunabhängige Vergütung				Erfolgsbezogene Vergütung		Barvergütung (ohne Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung)	
	Gehalt		Sonstiges ¹⁾		Bonus			
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Dr. Ben Lipps	816	766	202	230	963	1,647	1,981	2,643
Roberto Fusté	350	350	184	183	197	455	731	988
Dr. Emanuele Gatti	550	465	64	46	658	1,117	1,272	1,628
Rice Powell	510	511	30	33	716	1,124	1,256	1,668
Lawrence A. Rosen	400	400	86	84	510	873	996	1,357
Dr. Rainer Runte	330	330	29	30	438	714	797	1,074
Mats Wahlstrom	578	584	31	34	845	1,285	1,454	1,903
Summen:	3,534	3,406	626	640	4,327	7,215	8,487	11,261

¹⁾ Enthalten sind Versicherungsleistungen, die Privatnutzung der Firmen-Pkw, Zuschüsse zur Renten- und Krankenversicherung und sonstige Nebenleistungen.

Als Komponente mit langfristiger Anreizwirkung wurden im Geschäftsjahr 2008 Aktienoptionen auf Basis des Aktienoptionsplans 2006 gewährt. Die Grundzüge des Aktienoptionsplans 2006 werden in diesem Anhang auf den Seiten 8 bis 9 unter dem Stichwort „Bedingtes Kapital VI“ näher dargestellt.

Zum 1. Januar 2008 existierten bei der Gesellschaft noch drei weitere, durch bedingtes Kapital abgesicherte Mitarbeiterbeteiligungsprogramme, die deren Teilnehmer zum Bezug von Wandelschuldverschreibungen oder Aktienoptionen berechtigten, aus denen jedoch keine weiteren Bezugsrechte mehr ausgegeben werden konnten. In Anknüpfung an diese erfolgreichen Mitarbeiterbeteiligungsprogramme der vergangenen Geschäftsjahre hatte die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA den durch die Hauptversammlung am 9. Mai 2006 beschlossenen und mit Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 (Aktiensplit im Verhältnis 1:3) geänderten Aktienoptionsplan 2006 implementiert.

Aus diesem Aktienoptionsplan wurden im Berichtsjahr mit Wirkung Juli 2008 insgesamt 2.499.021 Aktienoptionen zugeteilt, wovon 398.400 auf die Mitglieder des Vorstands entfielen.

Für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 sind die Anzahl und der Wert der ausgegebenen Aktienoptionen sowie auch der Wert der aktienbasierten Vergütung in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung							
	Aktienoptionen				Aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich		Gesamt	
	Anzahl		Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Dr. Ben Lipps	99,600	99,600	976	967	425	910	1,401	1,877
Roberto Fusté	49,800	49,800	488	484	0	0	488	484
Dr. Emanuele Gatti	49,800	49,800	488	484	177	267	665	751
Rice Powell	49,800	49,800	488	484	237	613	725	1,097
Lawrence A. Rosen	49,800	49,800	488	484	209	473	697	957
Dr. Rainer Runte	49,800	49,800	488	484	172	391	660	875
Mats Wahlstrom	49,800	49,800	488	484	268	701	756	1,185
Summen:	398,400	398,400	3,904	3,871	1,488	3,355	5,392	7,226

Die angegebenen Werte der im Geschäftsjahr 2008 an die Mitglieder des Vorstands gewährten Aktienoptionen entsprechen deren Zeitwert (Fair Value) zum Zeitpunkt ihrer Gewährung, somit einem Wert in Höhe von € 9,80 (2007: € 9,71) pro Aktienoption. Der Ausübungskurs für die gewährten Aktienoptionen beträgt € 35,49 (2007: € 33,91).

Am Ende des Geschäftsjahres 2008 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt 2.159.720 Aktienoptionen (2007: 1.922.628 Aktienoptionen).

Die Entwicklung und der Stand der Aktienoptionen des Vorstands im Geschäftsjahr 2008 sind in der folgenden Tabelle näher dargestellt:

		Dr. Ben Lipps	Roberto Fusté	Dr. Emanuele Gatti	Rice Powell	Lawrence A. Rosen	Dr. Rainer Runte	Mats Wahlistrom	Summen:
Am 1. Januar 2008 ausstehende Optionen	Anzahl	824.280	241.476	226.476	162.846	177.804	157.953	131.793	1.922.628
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	22,31	22,38	22,82	26,47	26,21	27,67	28,91	23,98
Im Geschäftsjahr gewährte Optionen	Anzahl	99.600	49.800	49.800	49.800	49.800	49.800	49.800	398.400
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	35,49	35,49	35,49	35,49	35,49	35,49	35,49	35,49
Im Geschäftsjahr ausgeübte Optionen	Anzahl	105.469			35.469			20.370	161.308
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	17,25			20,26			17,83	17,99
	durchschnittl. Aktienkurs in €	35,60			35,27			35,35	35,50
Am 31. Dezember 2008 ausstehende Optionen	Anzahl	818.411	291.276	276.276	177.177	227.604	207.753	161.223	2.159.720
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	24,57	24,62	25,10	30,25	28,24	29,54	32,34	28,56
	durchschnittl. verbleibende Laufzeit in Jahren	3,7	5,0	5,1	5,4	5,5	5,3	5,6	4,7
	Bandbreite an Ausübungspreisen in €	14.47 - 35.49	11.42 - 35.49	11.42 - 35.49	11.42 - 35.49	17.18 - 35.49	14.36 - 35.49	20.26 - 35.49	11.42 - 35.49
Am 31. Dezember 2008 ausübare Optionen	Anzahl	519.611	141.876	126.876	27.777	78.204	58.353	11.823	964.520
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	19,55	15,49	15,45	13,86	18,58	19,92	20,26	18,20

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2008 erreichten finanziellen Ziele wurden ferner Ansprüche auf aktienbasierte Vergütungen mit Barausgleich im Wert von insgesamt T€ 1.488 (2007: T€ 3.355) erworben. Da die konkrete Zuteilung erst im März 2009 erfolgt, wird auch erst zu diesem Zeitpunkt auf Basis dann aktueller Kursverhältnisse noch eine Anzahl von Anteilen durch den Aufsichtsrat festgelegt werden, die sodann als Grundlage für die Ermittlung der Auszahlung nach der dreijährigen Wartefrist dient.

Die Höhe der gesamten Vergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG stellte sich für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 damit wie folgt dar:

	Barvergütung (ohne Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung)		Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung		Gesamtvergütung (einschließlich Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung)	
	Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Dr. Ben Lipps	1,981	2,643	1,401	1,877	3,382	4,520
Roberto Fusté	731	988	488	484	1,219	1,472
Dr. Emanuele Gatti	1,272	1,628	665	751	1,937	2,379
Rice Powell	1,256	1,668	725	1,097	1,981	2,765
Lawrence A. Rosen	996	1,357	697	957	1,693	2,314
Dr. Rainer Runte	797	1,074	660	875	1,457	1,949
Mats Wahlstrom	1,454	1,903	756	1,185	2,210	3,088
Summen:	8,487	11,261	5,392	7,226	13,879	18,487

Die Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung können erst nach Ablauf festgelegter Mindestlaufzeiten (Erdienungszeiträume) ausgeübt werden. Ihr Wert wird auf die Erdienungszeiträume verteilt und als Aufwand im jeweiligen Geschäftsjahr berücksichtigt. Der auf die Geschäftsjahre 2008 und 2007 entfallende Aufwand ist in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesen.

	Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung durch Eigenkapitalinstrumente		Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung durch aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich		Gesamtaufwand für aktienbasierte Vergütungen	
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Dr. Ben Lipps	807	561	541	276	1,348	837
Roberto Fusté	404	280	0	0	404	280
Dr. Emanuele Gatti	404	280	180	97	584	377
Rice Powell	404	276	332	163	736	439
Lawrence A. Rosen	404	290	262	108	666	398
Dr. Rainer Runte	404	280	231	105	635	385
Mats Wahlstrom	404	276	379	187	783	463
Summen:	3,231	2,243	1,925	936	5,156	3,179

Die erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteile und die Grundstrukturen der erfolgsbezogenen Vergütungsbestandteile sind im Rahmen der Anstellungsverträge mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern vereinbart. Die Gewährung von Aktienoptionen an Mitglieder des Vorstands erfolgt auf jährlicher Basis durch den Aufsichtsrat.

II. Zusagen an Mitglieder des Vorstands für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit

Für die Vorstandsmitglieder Roberto Fusté, Dr. Emanuele Gatti und Lawrence A. Rosen bestehen einzelvertragliche Pensionszusagen. Hinsichtlich dieser Pensionszusagen bestehen für Fresenius Medical Care zum 31. Dezember 2008 Pensionsverpflichtungen in Höhe von T€ 2.410 (31.12.2007: T€ 2.169). Die Zuführung zur Pensionsrückstellung betrug im Geschäftsjahr 2008 T€ 287 (2007: T€ 1.117). Die jeweilige Pensionszusage sieht ab dem 65. Lebensjahr, beziehungsweise im Falle des Ausscheidens wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus der aktiven Tätigkeit ein von der Höhe des letzten Grundgehalts abhängiges Ruhegehalt und eine Hinterbliebenenversorgung vor. Der von 30% ausgehende Prozentsatz erhöht sich mit jedem Dienstjahr um 1,5%-Punkte, wobei maximal 45% erreicht werden können. Spätere Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit des Vorstandsmitglieds sind mit 30% ihres Bruttobetrages auf die Pension anzurechnen.

Mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Ben Lipps wurde ferner anstelle einer Pensionsregelung einzelvertraglich vereinbart, dass er unter Beachtung eines Wettbewerbsverbots bei Beendigung des zwischen ihm und der Fresenius Medical Care Management AG geschlossenen Anstellungsverhältnisses für einen Zeitraum von 10 Jahren für die Gesellschaft eine beratende Tätigkeit ausüben kann. Die seitens der Fresenius Medical Care Management AG hierfür zu gewährende Gegenleistung würde sich p.a. wertmäßig auf etwa 33% der im Geschäftsjahr 2008 an ihn ausbezahlten erfolgsunabhängigen Vergütungskomponente belaufen.

Den Vorstandsmitgliedern Dr. Emanuele Gatti, Rice Powell, und Mats Wahlstrom wurden durch einzelvertragliche Vereinbarungen Leistungen (Abfindungen, errechnet anhand des garantierten einfachen Jahreseinkommens, basierend auf dem entsprechenden Grundgehalt) für den Fall zugesagt, dass das jeweilige bestehende Anstellungsverhältnis mit der Fresenius Medical Care Management AG beendet werden sollte. Etwaige zusätzliche Ausgleichszahlungen, die den genannten Vorstandsmitgliedern im Zusammenhang mit bestehenden nachvertraglichen Wettbewerbsverboten zustünden, wären zur Hälfte auf diese Abfindungszahlungen anzurechnen. Die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder enthalten keine ausdrücklichen Regelungen für den Fall eines „Change of Control“.

III. Sonstiges

Im Geschäftsjahr 2008 wurden an die Mitglieder des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG keine Darlehen oder Vorschusszahlungen auf zukünftige Vergütungsbestandteile gewährt.

Die Fresenius Medical Care Management AG hat sich verpflichtet, die Mitglieder des Vorstands von Ansprüchen, die gegen sie aufgrund ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft und deren konzernverbundenen Unternehmen erhoben werden, soweit solche Ansprüche über ihre Verantwortlichkeit nach deutschem Recht hinausgehen, im Rahmen des gesetzlich Zulässigen freizustellen. Zur Absicherung derartiger Verpflichtungen hat die Gesellschaft eine Directors & Officers Versicherung mit einem angemessenen Selbstbehalt abgeschlossen. Die Freistellung gilt für die Zeit, in der das jeweilige Mitglied des Vorstands amtiert sowie für Ansprüche in diesem Zusammenhang nach jeweiliger Beendigung der Vorstandstätigkeit.

Frühere Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2008 keine Bezüge.

26. Vergütung des Aufsichtsrats der FMC-AG & Co. KGaA

Die Vergütung des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA ist in § 13 der Satzung geregelt.

Entsprechend dieser Bestimmung werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats die in Ausübung ihres Amtes entstandenen Auslagen erstattet, zu denen auch die anfallende Mehrwertsteuer zählt.

Als Vergütung erhält jedes Mitglied des Aufsichtsrats für jedes volle Geschäftsjahr eine Festvergütung von je US-\$ 80.000, zahlbar in vier gleichen Raten am Ende eines Kalenderquartals. Beschließt die Hauptversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses eine höhere Vergütung, so gilt diese.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält eine zusätzliche Vergütung in Höhe von US-\$ 80.000 und sein Stellvertreter eine zusätzliche Vergütung in Höhe von US-\$ 40.000. Als Mitglied eines Ausschusses erhält ein Aufsichtsratsmitglied zusätzlich jährlich US-\$ 30.000 bzw. als Vorsitzender eines Ausschusses jährlich US-\$ 50.000, jeweils zahlbar in gleichen Raten am Ende eines Kalenderquartals.

Soweit ein Mitglied des Aufsichtsrats gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrats der persönlich haftenden Gesellschafterin Fresenius Medical Care Management AG ist und für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care Management AG Vergütungen erhält, werden die Vergütungen auf die Hälfte reduziert. Das Gleiche gilt hinsichtlich der zusätzlichen Vergütung für den Vorsitzenden bzw. seinen Stellvertreter, soweit dieser gleichzeitig Vorsitzender bzw. sein Stellvertreter im Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care Management AG ist. Soweit der Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care Management AG ist, erhält er für seine Tätigkeit als Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft keine zusätzliche Vergütung.

Die Vergütung des Aufsichtsrats der FMC-AG & Co. KGaA belief sich für das Geschäftsjahr 2008 auf T€ 289 und die Vergütung für den Prüfungsausschuss auf T€ 117.

27. Corporate Governance

Die persönlich haftende Gesellschafterin, vertreten durch den Vorstand der Fresenius Medical Care Management AG, und der Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

28. Gewinnverwendungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, den Jahresabschluss in der vorgelegten Fassung festzustellen und den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2008 wie folgt zu verwenden:

Zahlung einer Dividende von €0,58 je Stammaktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital der Stammaktien in Höhe von €293.932.036,00	€ 170.480.580,88
Zahlung einer Dividende von €0,60 je Vorzugsaktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital der Vorzugsaktien in Höhe von €3.810.540,00	€ 2.286.324,00
Vortrag auf neue Rechnung	<u>€ 589.187.597,93</u>
	<u>€ 761.954.502,81</u>

Hof an der Saale, 11. Februar 2009

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin
Fresenius Medical Care Management AG

Der Vorstand

Dr. B. Lipps

R. Fusté

Dr. R. Runte

R. Powell

Dr. E. Gatti

L. Rosen

M. Wahlstrom

Aufsichtsrat

Dr. Gerd Krick
Vorsitzender
Königstein

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius SE (Vorsitzender)
Fresenius Medical Care Management AG
Vamed AG, Wien, Österreich (Vorsitzender)

Allianz Private Krankenversicherungs AG (bis zum 16. April 2008)
HDI Haftpflichtverband der deutschen Industrie V.a.G. (Mitglied des Beirats)
(bis zum 31. Dezember 2008)

Dr. Dieter Schenk
Rechtsanwalt und Steuerberater
Stellvertretender Vorsitzender
München

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius SE (stellvertretender Vorsitzender)
Fresenius Medical Care Management AG (stellvertretender Vorsitzender)

Gabor Shoes AG (Vorsitzender)
Greiffenberger AG (stellvertretender Vorsitzender)
NSL Consulting AG (Vorsitzender)
(bis September 2008)
TOPTICA Photonics AG (Vorsitzender)

Mitglied des Verwaltungsrates der:
Else-Kröner-Fresenius-Stiftung (Vorsitzender)

Professor Dr. Bernd Fahrholz
Rechtsanwalt
Frankfurt am Main

Mitglied des Aufsichtsrats der:
SMARTRAC N.V. (Vorsitzender)

Walter L. Weisman
Ehemaliger Präsident und Vorstandsvorsitzender von American
Medical International Inc.
Los Angeles (USA)

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius Medical Care Management AG

Mitglied des Vorstands der:
Occidental Petroleum Corporation
Maguire Properties Inc. (stellvertretender Vorsitzender und „Lead Director“)
(bis zum 1. September 2008)

Mitglied des Kuratoriums der:
California Institute of Technology („Senior Trustee“)
Los Angeles County Museum of Art (ehemaliger Vorsitzender; sog. „Life Trustee“)
Sundance Institute (Vorsitzender)
Samuel H. Kress Foundation (stellvertretender Vorsitzender)
(bis zum 1. November 2008)

John Gerhard Kringel
Ehemaliger Senior Vice President der Abbott Laboratories Inc.
Durango, Colorado (USA)

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius Medical Care Management AG

Natures View LLC
Alpenglow Development LLC
Justice LLC
River Walk LLC

Dr. William P. Johnston
Ehemaliger Chairman des Board of Directors der Renal Care Group, Inc.
Nashville, Tennessee (USA)

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius Medical Care Management AG

The Carlyle Group (Senior Advisor)
The Hartford Mutual Funds Inc. (Mitglied des Board of Directors)
LifeCare Holdings Inc. (Mitglied des Board of Directors)
Multiplan Inc. (Mitglied des Board of Directors)
Georgia O’Keeffe Museum (Mitglied des Board of Directors)
HCR-Manor Care, Inc. (Mitglied des Board of Directors) (seit Februar 2008)

**Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin
Fresenius Medical Care Management AG**

Dr. Ben Lipps
Vorstandsvorsitzender
Boston, Massachusetts (USA)

Mitglied des Vorstands der:
Fresenius SE

Dr. Emanuele Gatti
Vorstand für die Regionen Europa, Lateinamerika, Nahost und Afrika
Bad Homburg v.d.H.

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Centre d'Hémodialyse du Languedoc Méditerranéen S.A.S.
(bis zum 31. Dezember 2008)
Centre Néphrologique d'Occitanie S.A.S. (bis zum 30. Juni 2008)
FMC Magyarország Kft.
FMC Dialysis Center Kft.
FMC Groupe France S.A.S.

Mitglied des Universitätsrats der:
Donau-Universität Krems, Österreich (Vorsitzender)

Roberto Fusté
Vorstand für die Region Asien-Pazifik
Hongkong (China)

Dr. Rainer Runte
Vorstand für Recht & Compliance
Bad Homburg v.d.H.

Mitglied des Aufsichtsrats der:
FMC Groupe France S.A.S.
FMC SGPS, S.A.
FMC Japan, K.K.
Fresenius-Kawasumi Co., Ltd.

Lawrence A. Rosen
Vorstand für Finanzen
Bad Homburg v.d.H.

Rice Powell
Gesamtgeschäftsführer Fresenius Medical Care Nordamerika und CEO von
„Renal Therapies Group (RTG)“
Boston, Massachusetts (USA)

Mats Wahlstrom
Gesamtgeschäftsführer Fresenius Medical Care Nordamerika und CEO von
„Fresenius Medical Services“
Boston, Massachusetts (USA)

Lagebericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, Hof an der Saale für das Geschäftsjahr 2008

Die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA („FMC-AG & Co. KGaA“ oder „die Gesellschaft“) verfügt über kein eigenes operatives Geschäft, sondern fungiert als Holding für 777 (Vj. 743) Tochtergesellschaften, die zusammen den weltweit größten Anbieter von Dialyseprodukten und -dienstleistungen bilden. Die folgenden Aussagen bezüglich der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage, der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung und des Ausblicks beziehen sich daher auch auf die Aktivitäten des Fresenius Medical Care Konzerns („der Konzern“), der sich in die Segmente Nordamerika und International gliedert.

Eine Aufstellung des Anteilsbesitzes der FMC-AG & Co. KGaA wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers in einer separaten Beteiligungsliste elektronisch eingereicht. Aus ihr lassen sich auch die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen entnehmen.

1. Dialysemarkt

Zum Jahresende 2008 haben etwa 2,280 Millionen Patienten mit terminalem Nierenversagen in weltweit über 145 Ländern eine Nierenersatztherapie in Form einer Dialyse oder Transplantation erhalten. Die Ursachen des Nierenversagens sind vielfältig. Wesentliche Gründe sind Erkrankungen wie Diabetes, Bluthochdruck und verschiedenen Formen von Entzündungen des Nierengewebes.

Zum Jahresende 2008 lag die Zahl der Patienten, die eine Dialysebehandlung erhalten, bei 1,755 Millionen weltweit. Von diesen Patienten wurden etwa 21 % in den USA, 17 % in der Europäischen Union und 17 % in Japan behandelt. Die verbleibenden 45 % aller Dialysepatienten verteilen sich auf etwa 120 Staaten in den unterschiedlichen Regionen dieser Welt. Die Zahl der Patienten ist im Jahr 2008 weltweit um etwa 6 % gestiegen und liegt damit innerhalb der Erwartungen des Konzerns. Die Patientenzahlen entwickeln sich regional allerdings weiterhin sehr unterschiedlich: In den USA, in Japan sowie in West- und Mitteleuropa waren unterdurchschnittliche Zuwachsraten bei der Zahl der Patienten zu beobachten. In diesen Regionen ist die Prävalenz (d.h. die relative Zahl der an terminaler Niereninsuffizienz erkrankten und behandelten Menschen pro Land) bereits relativ hoch und der Zugang zu einer entsprechenden Behandlung, zumeist der Dialyse, sichergestellt. In ökonomisch schwächeren Regionen dagegen erhöhten sich die Wachstumsraten überdurchschnittlich um bis zu 10 % – ein Hinweis darauf, dass der Zugang zur Dialysebehandlung in diesen Ländern derzeit noch beschränkt ist und sich schrittweise verbessert.

Von den weltweit 1,755 Millionen Dialysepatienten Ende 2008 wurden 1,565 Millionen mittels einer Hämodialyse und etwa 190.000 mit einer Peritonealdialyse behandelt. Darüber hinaus leben etwa 525.000 Patienten mit einer Spenderniere.

Die deutliche Mehrheit der Hämodialyse-Patienten wurde im vergangenen Jahr weltweit in einem der rund 27.500 Dialysezentren behandelt. Durchschnittlich unterzogen sich somit circa 55 Patienten pro Zentrum der Hämodialyse. Je nachdem, ob die Gesundheitssysteme in den einzelnen Ländern eher staatlich oder privatwirtschaftlich organisiert sind, unterscheiden sich die Organisationsstrukturen der Zentrumsbetreiber erheblich. In den USA und in der Europäischen Union gibt es jeweils rund 5.000 Dialysekliniken. Während in den USA nur circa 1 % der Dialysekliniken vom öffentlichen Sektor betrieben wird, beträgt der Anteil in der Europäischen Union rund 60 %.

In Japan dagegen nehmen mit einem Anteil von etwa 80 % private Nephrologen die Schlüsselrolle beim Betrieb von Dialysekliniken ein. In Osteuropa wiederum ist die Zahl der Kliniken, die von Unternehmen betrieben werden, in jüngster Vergangenheit besonders deutlich gestiegen. Dies könnte darauf hinweisen, dass privatwirtschaftlich geführte Unternehmen bei der Modernisierung und Kapazitätserweiterung von Kliniken effizienter agieren können als öffentliche Träger.

Der Wert des globalen Dialysemarktes wuchs 2008 um circa 5 % auf etwa US-\$ 65 Milliarden. Der Markt für Dialyseprodukte hatte daran nach unserer Einschätzung einen Anteil von etwa US-\$ 10,5 Milliarden. Zu den wichtigsten Produkten zählen Dialysatoren, Maschinen für die Hämodialyse, Konzentrate und Dialyselösungen sowie spezielle Produkte für die Peritonealdialyse. Der Marktanteil der drei größten Hersteller von Dialyseprodukten lag im Jahr 2008 weltweit unverändert bei nahezu 70 %. Allein der Konzern kam auf einen Anteil von circa 30 % und war damit Marktführer, gefolgt von Baxter und Gambro. Der Marktanteil der weiteren, mehrheitlich japanischen Anbieter für Dialyseprodukte lag jeweils im einstelligen Prozentbereich.

2. Darstellung der Lage

2.1. Ertragslage des Fresenius Medical Care-Konzerns nach US-amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätzen (US-GAAP)

Im Jahr 2008 konnte der Konzern den Umsatz um TUS-\$ 892.009 auf insgesamt TUS-\$ 10.612.323 steigern. Das entspricht einem Umsatzwachstum von 9 % (8 % währungsbereinigt) gegenüber 2007. Der organische Umsatzanstieg betrug hierbei 7 %.

Das Konzernbetriebsergebnis (Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern oder „EBIT“) stieg im Jahr 2008 um 6 % auf TUS-\$ 1.672.432 im Vergleich zu TUS-\$ 1.580.122 in 2007. Der Anstieg beruht auf einem Anstieg des Bruttoergebnisses von TUS-\$ 3.355.795 auf TUS-\$ 3.628.848. Die Bruttoergebnismarge lag in 2008 bei 34,2 % im Vergleich zu 34,5 % in 2007. Der Rückgang der Bruttoergebnismarge betrifft das Segment International und wurde durch ein stärkeres Wachstum im Dialyседienstleistungsgeschäft mit niedrigeren Margen und die Stärkung des Euro gegenüber lokalen Währungen verursacht, die zur Verteuerung der aus Europa bezogenen Produkte führte. Im Segment Nordamerika wurden geringere Erstattungssätze für EPO und der Rückgang der Verabreichung von EPO, gestiegene Kosten für Heparin sowie gestiegene Personalkosten und sonstigen Kostenanstiege durch einen Umsatzanstieg mit privaten Versicherern ausgeglichen. In beiden Segmenten stiegen die Abschreibungen in 2008 im Vergleich zu 2007 auf Grund der Ausweitung der Produktionskapazitäten.

Die Vertriebskosten und die allgemeinen Verwaltungskosten stiegen von TUS-\$ 1.709.150 im Jahr 2007 auf TUS-\$ 1.876.177 im Jahr 2008. Die Vertriebs- und die allgemeinen Verwaltungskosten in Prozent des Umsatzes haben sich von 17,6 % im Jahr 2007 auf 17,7 % im Jahr 2008 erhöht. Der Anstieg ist überwiegend auf Kostensteigerungen in Nordamerika sowie in den Zentralbereichen zurückzuführen. Die Kostensteigerungen in Nordamerika betreffen insbesondere Personalkosten, während die Kostensteigerungen in den Zentralbereichen hauptsächlich im Zusammenhang mit erstmals ganzjährig wirkenden Aufwendungen der im 4. Quartal 2007 übernommenen Renal Solutions Inc. sowie einem höheren Personalaufwand aus der Gewährung von Aktienoptionen angefallen sind.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten erhöhten sich von TUS-\$ 66.523 in 2007 auf TUS-\$ 80.239 in 2008. Dieser Anstieg resultiert hauptsächlich aus Aufwendungen für die weitere Entwicklung von Hämodialysegeräten, die Durchführung von Feldtests mit neu ent-

wickelten Produkten sowie aus Aufwendungen für zusätzliche Forschungsprojekte im Bereich extrakorporale Therapien und Heimdialyse.

Der Zinsaufwand sank um 10 % von TUS-\$ 399.635 in 2007 auf TUS-\$ 361.553 in 2008. Hauptgrund hierfür sind gesunkene Zinssätze und die seit der Ablösung eines Teils der genusscheinähnlichen Wertpapiere der Gesellschaft günstigeren Finanzierungsstruktur. Dies wurde teilweise ausgeglichen durch gestiegene Darlehenssalden auf Grund der Übernahme der Renal Solutions Inc. im 4. Quartal 2007 sowie durch höhere Investitionen in Sachanlagen in 2008. Außerdem war das Geschäftsjahr 2007 durch die Abschreibung von Finanzierungskosten im Zusammenhang mit der vorzeitigen Ablösung von Darlehen aus der Kreditvereinbarung 2006 und mit Zuflüssen aus der Ausgabe einer vorrangigen Anleihe in 2007 beeinträchtigt worden.

Die Ertragsteuern erhöhten sich auf Grund gesteigener Ergebnisse von TUS-\$ 465.652 in 2007 auf TUS-\$ 489.142 in 2008. Der effektive Steuersatz fiel von 38,5 % in 2007 auf 36,6 % in 2008 hauptsächlich auf Grund der zum 1. Januar 2008 erfolgten Senkung des Körperschaftsteuersatzes in Deutschland.

Der Konzernüberschuss stieg von TUS-\$ 717.130 in 2007 um 14 % auf TUS-\$ 817.607 in 2008.

2.2. Ertragslage der FMC-AG & Co. KGaA

Die FMC-AG & Co. KGaA weist für das Geschäftsjahr 2008 einen Jahresüberschuss von T€ 253.492 (Vj. Jahresüberschuss von T€ 125.691) aus.

Das Beteiligungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 243.690 auf T€ 328.703 erhöht. Es setzt sich aus Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen in Höhe von T€ 317.632 (Vj. T€ 254.497), Erträgen aus Beteiligungen in Höhe von T€ 12.258 (Vj. T€ 20.521) und Aufwendungen aus Verlustübernahmen von T€ 1.187 (Vj. T€ 31.328) zusammen. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen entfallen überwiegend auf die FMC D-GmbH und die FMC Beteiligungsgesellschaft. Bei der D-GmbH hat sich die Gewinnabführung wegen der unverändert guten Ertragslage auf T€ 293.901 (Vj. T€ 248.081) weiter verbessert. Die FMC Beteiligungsgesellschaft konnte nach einem Verlust im Vorjahr von T€ 30.875 in 2008 einen Gewinn von T€ 17.785 abführen. Zu dem Gewinn in 2008 haben insbesondere Erträge aus Beteiligungen und Erträge aus Zuschreibungen auf Anteile an einem verbundenen Unternehmen in Österreich beigetragen, welche in Summe durch Abschreibungen auf Anteile an zwei verbundenen Unternehmen in Japan gemindert wurden.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme sind vor allem wegen der zuvor beschriebenen Entwicklung bei der FMC Beteiligungsgesellschaft gesunken. In 2007 ist der Verlust der FMC Beteiligungsgesellschaft hauptsächlich in Zusammenhang mit Abschreibungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen in Japan, den Niederlanden, Italien und in der Schweiz entstanden.

Der Rückgang der Erträge aus Beteiligungen ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in diesem Posten im Vorjahr eine erhöhte Dividendenausschüttung einer luxemburgischen Tochtergesellschaft sowie die Ausschüttung einer rumänischen Tochtergesellschaft enthalten waren.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge auf T€ 74.859 (Vj. T€ 59.848) resultiert überwiegend aus einem Ertrag aus dem Abgang einer Ausleihung gegenüber einem verbundenen Unternehmen in Brasilien in Höhe von T€ 11.424, welche im Berichtsjahr an ein Tochterunternehmen veräußert wurde.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich von T€90.118 in 2007 auf T€83.570 in 2008. Der Rückgang beruht hauptsächlich auf Aufwendungen aus der Bildung einer Drohverlustrückstellung, die in 2007 die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belastet haben und aus einer Zinsswapvereinbarung mit einer Tochtergesellschaft in Luxemburg resultierten.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von T€816 (Vj. T€15.261) vorgenommen. Dabei handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen der aktivierten Anschaffungsnebenkosten der FMC Capital Trusts. In 2007 haben außerplanmäßige Abschreibungen auf Ausleihungen an Pontormo, FMC Mexico und FMC Brasil die Abschreibungen auf Finanzanlagen mit insgesamt T€14.146 beeinflusst.

Der Anstieg der Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens von T€15.094 in 2007 auf T€18.914 in 2008 ist im Wesentlichen auf periodenfremde Zinserträge in Höhe von T€6.300 aus der nachträglichen Verzinsung einer Ausleihung an ein verbundenes Unternehmen in Brasilien für den Zeitraum vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2007 zurückzuführen. Diese Ausleihung war bis zum Eintreten des Besserungsfalles der brasilianischen Gesellschaft in 2008 unverzinslich.

Der Anstieg der sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge um T€5.454 auf T€64.021 entfällt hauptsächlich auf Zinserträge aus internen Zinssicherungsgeschäften. Diesen Erträgen stehen geringere Zinsaufwendungen aus externen Zinssicherungsgeschäften entgegen, die überwiegend zu dem Rückgang der Zinsaufwendungen um T€4.320 auf T€85.474 geführt haben.

Auf Grund der zuvor beschriebenen Entwicklungen erhöhte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr von T€175.792 in 2007 auf T€308.960 in 2008.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresabschluss in der vorgelegten Fassung festzustellen und insgesamt einen Betrag von T€172.767 aus dem Bilanzgewinn auszuschütten. Dies entspricht einer Dividende von €0,58 je Stammaktie und €0,60 je Vorzugsaktie.

2.3. Vermögenslage der FMC-AG & Co. KGaA

Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum Vorjahr um T€160.679 auf T€4.197.983 zum 31. Dezember 2008.

Der Buchwert der Finanzanlagen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€6.981 auf T€3.094.279 leicht erhöht. Der Anstieg der Anteile an verbundenen Unternehmen um T€7.909 gegenüber dem Vorjahr resultiert überwiegend aus Bar- und Sachkapitalerhöhungen vermindert um Kapitalherabsetzungen bei einzelnen Tochtergesellschaften. Weiterhin hat die Gesellschaft im Dezember 2008 Anzahlungen für eine Stammkapitalerhöhung einer Tochtergesellschaft in Indonesien in Höhe von T€4.244 geleistet, mit deren Eintragung ins indonesische Handelsregister Anfang 2009 gerechnet wird. Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen sind vor allem wegen der Veräußerung einer Ausleihung gegenüber einer brasilianischen Tochtergesellschaft um T€5.172 zurückgegangen.

Der Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen auf T€1.064.565 (Vj. T€888.970) resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung der Verrechnungskonten mit der FMC D-GmbH und der FMC Beteiligungsgesellschaft. Diese haben sich per Saldo hauptsächlich auf Grund der Forderungen aus Gewinnabführungsverträgen für das Geschäftsjahr 2008, denen Verbindlichkeiten aus der operativen Geschäftstätigkeit der FMC D-GmbH und der umsatzsteuerlichen Organschaft mit der FMC D-GmbH gegenüberstehen, erhöht.

2.4. Finanzlage der FMC-AG & Co. KGaA

Das Eigenkapital hat im Vergleich zum Vorjahr um T€ 118.156 (rund 5 %) zugenommen. Der Anstieg beruht überwiegend auf dem laufenden Jahresüberschuss und beinhaltet darüber hinaus Zuflüsse aus der Ausgabe von neuen Stammaktien und Vorzugsaktien aus den derzeit bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen in Höhe von T€ 23.706. Gegenläufig auf den Anstieg des Eigenkapitals wirkt sich die Ausschüttung der Dividende in 2008 aus. Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2008 unverändert rd. 64 %.

Im Vergleich zum Vorjahr verminderten sich die Rückstellungen um T€ 84.974 auf T€ 32.201 (Vj. T€ 117.175). Der Rückgang ist hauptsächlich verursacht durch den Abschluss einer Betriebsprüfung in 2008 und die daraus resultierende Inanspruchnahme von Steuerrückstellungen sowie von sonstigen Rückstellungen für Zinsen auf Steuerverbindlichkeiten. Ebenfalls in Anspruch genommen wurde eine im Vorjahr gebildete Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Zusammenhang mit einer Zinsswapvereinbarung mit einer Tochtergesellschaft in Luxemburg.

Die Summe der Verbindlichkeiten beläuft sich zum 31. Dezember 2008 auf T€ 1.480.528 und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um T€ 127.497 erhöht.

Die FMC-AG & Co. KGaA ist als Konzernobergesellschaft in die Finanzierung des Konzerns eng eingebunden. Die Gesellschaft verfügt neben den unten erläuterten Darlehen aus einer vorrangigen Bankkreditvereinbarung sowie den verschiedenen langfristigen Kreditvereinbarungen mit der Europäischen Investitionsbank („EIB“) vor allem über Darlehen von verbundenen Unternehmen.

Die Finanzierung des Konzerns erfolgt im Wesentlichen über eine vorrangige Bankkreditvereinbarung, die Ausgabe von genussscheinähnlichen Wertpapieren („Trust Preferred Securities“) über zwei Fresenius Medical Care Capital Trusts, die Ausgabe einer vorrangigen Anleihe der FMC Finance III S.A., Luxemburg, sowie Euro-Schuldscheindarlehen der FMC Finance IV, Luxemburg.

Am 31. März 2006 wurde die Gesellschaft Vertragspartner in einer neuen syndizierten Bankkreditvereinbarung („Kreditvereinbarung 2006“) mit der Bank of America, N.A., Deutsche Bank AG (Zweigniederlassung New York), The Bank of Nova Scotia, Credit Suisse (Zweigniederlassung Cayman Islands), JP Morgan Chase Bank (Landesgesellschaft USA) und weiteren Darlehensgebern (kollektiv die „Gläubiger“), in der die Gläubiger der FMC-AG & Co. KGaA und bestimmten Tochtergesellschaften drei Kreditfazilitäten in einer Gesamthöhe von bis zu TUS-\$ 4.600.000 bereitstellen. Der gesamte Kreditrahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2008 nach erfolgten planmäßigen und vorzeitigen Teilrückzahlungen in 2007 und 2008 auf insgesamt TUS-\$ 4.061.192.

Die Kreditvereinbarung 2006 besteht aus folgenden Fazilitäten:

- eine revolvingende Kreditfazilität mit einer fünfjährigen Laufzeit in Höhe von TUS-\$ 1.000.000, die am 31. März 2011 zur Rückzahlung fällig wird.
- ein Darlehen („Term loan A“) mit einer fünfjährigen Laufzeit in Höhe von TUS-\$ 1.850.000, das ebenfalls am 31. März 2011 zurückzuzahlen ist. In der Kreditvereinbarung 2006 sind 19 vierteljährliche Tilgungszahlungen in Höhe von TUS-\$ 30.000 vorgesehen, die das Darlehen schrittweise, beginnend am 30. Juni 2006, bis zum 31. Dezember 2010, reduzieren. Auf Grund vorzeitiger Tilgungen hatten sich die Tilgungszahlungen von TUS-\$ 30.000 auf TUS-\$ 29.430 reduziert. Der Restbetrag ist am 31. März 2011 fällig.

- ein Darlehen („Term loan B“) mit einer siebenjährigen Laufzeit in Höhe von TUS-\$ 1.750.000, das am 31. März 2013 zurückzuzahlen ist. Gemäß den Bedingungen der Kreditvereinbarung 2006 erfolgen 28 vierteljährliche Tilgungszahlungen, die das Darlehen schrittweise, beginnend am 30. Juni 2006, reduzieren. Die ersten 24 vierteljährlichen Rückzahlungen entsprechen jeweils 0,25 % des ursprünglichen Darlehensbetrages. Die Zahlungen 25-28 entsprechen jeweils 23,5 % des ursprünglichen Darlehensbetrages. Die letzte Rückzahlung, fällig am 31. März 2013, muss bereits am 1. März 2011 erfolgen, falls die Trust Preferred Securities, die am 15. Juni 2011 fällig sind, bis zu diesem Zeitpunkt weder zurückgezahlt noch refinanziert sind oder falls deren Laufzeit nicht verlängert worden ist.

In Abhängigkeit von der gewählten Zinsperiode kann die Gesellschaft zwischen folgenden Zinsvarianten entscheiden: entweder sie zahlt Zinsen auf Basis LIBOR zuzüglich einer bestimmten Marge oder auf Basis des höheren Wertes aus (1) der Prime Rate der Bank of America oder (2) der um 0,5 % erhöhten Federal Funds Rate zuzüglich einer bestimmten Marge. Die jeweilige Marge ist variabel und hängt vom Verschuldungsgrad der Gesellschaft ab. Dieser wird gemäß den Festlegungen in der Kreditvereinbarung 2006 als Quotient aus Finanzverbindlichkeiten (abzüglich bis zu TUS-\$ 30.000 flüssige Mittel) und EBITDA (Ergebnis vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen gemäß Definition der Kreditvereinbarung 2006) ermittelt.

Die Kreditvereinbarung 2006 valuiert zum 31. Dezember 2008 mit TUS-\$ 3.478.073. Davon entfallen TUS-\$ 111.994 auf Stand-by Letters of Credit und TUS-\$ 3.366.079 auf in der Bilanz des Konzernabschlusses auszuweisende Verbindlichkeiten. Davon weist die Gesellschaft zum 31. Dezember 2008 eine Verbindlichkeit in Höhe von T€ 424.722 (TUS-\$ 295.366 und T€ 120.000) aus.

Bei den Fresenius Medical Care Capital Trusts handelt es sich um entsprechend den Gesetzen des Staates Delaware/USA geregelte Trusts. Sie haben Trust Preferred Securities mit einem Gesamtvolumen von TUS-\$ 225.000 und T€ 300.300 ausgegeben, von denen zum 31. Dezember 2008 T€ 300.300 in der Bilanz der Gesellschaft enthalten sind. Die Trust Preferred Securities berechtigen den Inhaber zu einer Ausschüttung in Höhe eines festen jährlichen Prozentsatzes auf den Nominalbetrag der Wertpapiere und sind nach 10 Jahren zurückzuzahlen. Die am 1. Februar 2008 fälligen Trust Preferred Securities in Höhe von TUS-\$ 450.000 und T€ 153.388 wurden planmäßig zurückgezahlt. Für die Rückzahlung am 1. Februar 2008 wurden bestehende Kreditfazilitäten in Anspruch genommen. Auf Ebene der FMC-AG & Co. KGaA hat die Rückzahlung zu der Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um T€ 162.949 im Vergleich zum Vorjahr auf T€ 879.032 wesentlich beigetragen.

Im Juli 2007 hat die FMC Finance III S.A., Luxemburg, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der FMC-AG & Co. KGaA, darüber hinaus eine vorrangige Anleihe in Höhe von TUS-\$ 500.000 mit einer Laufzeit bis 2017 und einem Coupon von 6 7/8 % emittiert. Die Anleihe wird durch die Gesellschaften FMC-AG & Co. KGaA, Fresenius Medical Care Holdings, Inc. und Fresenius Medical Care Deutschland GmbH gesamtschuldnerisch garantiert.

Im Juli 2005 gab die FMC Finance IV, Luxemburg, Euro-Schuldscheindarlehen in Höhe von insgesamt T€ 200.000 aus, welche aus einer festverzinslichen Tranche in Höhe von T€ 126.000 und einer variablen Tranche bestehen. Die Verzinsung der variablen Tranche ist an den EURIBOR mit einem Aufschlag gebunden. Beide Tranchen werden am 27. Juli 2009 fällig.

Im Juli 2005 und Dezember 2006 hat die FMC-AG & Co. KGaA verschiedene Kreditvereinbarungen mit der Europäischen Investitionsbank („EIB“) abgeschlossen. Insgesamt stehen der Gesellschaft aus diesen Vereinbarungen Kreditfazilitäten in Höhe von T€ 221.000 zur Verfügung. Die Gesellschaft nutzt sie zur Refinanzierung bestimmter Forschungs- und Ent-

wicklungsprojekte, zur Investition in die Ausweitung und Optimierung bestehender Produktionsstätten und zur Finanzierung von Modernisierungsprojekten für Dialysekliniken.

Am 31. Dezember 2008 hatte die Gesellschaft aus diesen Fazilitäten Darlehen in Höhe von TUS-\$ 48.806 (T€41.000) und T€90.000 in Anspruch genommen, die in den Jahren 2013 und 2014 zurückzuzahlen sind. Die Kredite der EIB sind mit variablen Zinssätzen verzinst, die quartalsweise angepasst werden. Teilweise hat die Gesellschaft das Recht, diese Verzinsung auf eine Festsatzverzinsung umzustellen. Die Kredite werden mit Bankgarantien besichert und enthalten übliche Auflagen und Verpflichtungen.

Zu dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben im Wesentlichen die Inanspruchnahme des EIB-Darlehens in Höhe von T€90.000, weiterer Finanzmittel im Rahmen der Kreditvereinbarung 2006 in Höhe von T€120.000 und TUS-\$ 50.366 (T€39.481) sowie ein kurzfristiges Darlehen mit einer Geschäftsbank in Höhe von T€40.000 beigetragen. Letzteres wurde am 13. Januar 2009 zurückgezahlt.

2.5. Kapitalien, Aktionäre, Satzungsbestimmungen

Das Grundkapital der Gesellschaft setzt sich zum 31. Dezember 2008 wie folgt zusammen:

	Anzahl Aktien (Stück)	Gezeichnetes Kapital (T€)	Anteil am gezeichneten Kapital
Stammaktien* / -kapital	293.932.036	293.932	98,7 %
Vorzugsaktien / -kapital	3.810.540	3.811	1,3 %
Gesamt	297.742.576	297.743	100,0 %

(*) Darin enthalten sind 80.863 (Vj. 78.632) Stammaktien mit Nominalwert in Höhe von € 80.863 (Vj. € 78.632), die in 2008 im Rahmen einer Betriebsvereinbarung an Mitarbeiter von Fresenius Medical Care ausgegeben wurden. Diese Stammaktien unterliegen einer zweijährigen Bindungsfrist.

Die Aktien der Gesellschaft sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber. Die Rechte der Aktionäre regeln das Aktiengesetz und die Satzung der Gesellschaft. Nach dem Aktiengesetz gewährt jede Stammaktie in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Vorzugsaktien haben kein Stimmrecht, soweit nicht zwingende Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmen. Als Ausgleich erhalten Inhaber von Vorzugsaktien aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um € 0,02 je Vorzugsaktie höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von € 0,04 je Vorzugsaktie. Die Mindestdividende in Höhe von € 0,04 je Vorzugsaktie geht der Verteilung einer Dividende auf die Stammaktien vor.

Die Geschäftsführung und die Vertretung der Gesellschaft obliegen der persönlich haftenden Gesellschafterin Fresenius Medical Care Management AG. Sie ist weder am Gewinn und Verlust noch am Vermögen der Gesellschaft beteiligt. Ihre Geschäftsführungsbefugnis umfasst auch außergewöhnliche Geschäftsführungsmaßnahmen. Das Zustimmungsrecht der Stammaktionäre zu solchen Maßnahmen ist ausgeschlossen. Gegenüber der persönlich haftenden Gesellschafterin wird die Gesellschaft durch den Aufsichtsrat vertreten.

Der Vergütungsbericht der Gesellschaft für die Festlegung der Vergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA sowie für die Festlegung der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft befindet sich im Anhang.

Die persönlich haftende Gesellschafterin scheidet aus der Gesellschaft aus, sobald nicht mehr alle Aktien an ihr unmittelbar oder mittelbar von einer Person gehalten werden, die unmittelbar oder mittelbar über ein nach § 17 (1) AktG abhängiges Unternehmen mehr als 25 % des Grundkapitals der Gesellschaft hält. Zudem scheidet die persönlich haftende Ge-

sellschafterin aus der Gesellschaft aus, wenn die Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin von einer Person erworben werden, die

- nicht gleichzeitig Aktien an der Gesellschaft in Höhe von mehr als 25 % des Grundkapitals der Gesellschaft erwirbt oder
- nicht innerhalb von drei Monaten nach Wirksamwerden dieses Erwerbs ein Übernahme- oder Pflichtangebot gemäß den Regelungen des Wertpapierübernahmegesetzes (WpÜG) an die Aktionäre der Gesellschaft gerichtet hat; die den Aktionären hierin angebotene angemessene Gegenleistung muss auch die von dem Erwerber für die Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin gezahlte Gegenleistung berücksichtigen, sofern diese über den Betrag des Eigenkapitals der persönlich haftenden Gesellschafterin hinausgeht.

Die übrigen gesetzlichen Ausscheidensgründe für die persönlich haftende Gesellschafterin bleiben unberührt.

Die in Bad Homburg v.d.H. ansässige Fresenius SE hält zum 31. Dezember 2008 106.603.026 Stammaktien der Gesellschaft und damit einen Anteil von 36,27 % am stimmberechtigten Kapital der Gesellschaft.

Die Bestellung und Abberufung des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin erfolgt gemäß §§ 84 und 85 AktG. Änderungen in der Satzung erfolgen gemäß § 179 i.V.m. § 133 AktG. Die Satzung der Gesellschaft befugt den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu Änderungen der Satzung, welche ihre Fassung betreffen, ohne dass es eines Beschlusses der Hauptversammlung bedarf.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft gemäß den von der Hauptversammlung beschlossenen genehmigten Kapitalien wie folgt zu erhöhen:

- Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals bis zum 29. August 2010 um bis zu insgesamt € 35.000.000 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlagen (Genehmigtes Kapital I).
- Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals bis zum 29. August 2010 um bis zu insgesamt € 25.000.000 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen (Genehmigtes Kapital II).

In beiden Fällen ist die persönlich haftende Gesellschafterin mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter bestimmten Umständen ermächtigt, über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu entscheiden.

Ferner bestehen folgende bedingte Kapitalien:

- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 3.399 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Mitarbeiterbeteiligungsprogramm nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 24. September 1996 Wandelschuldverschreibungen auf Stückaktien ausgegeben wurden und die Inhaber dieser Wandelschuldverschreibungen von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen.
- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 2.402 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsprogramm nach Maßgabe der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 10. Juni 1998 und vom 30. Mai 2000 Bezugsrechte auf Stückaktien ausgegeben wurden und die Inhaber der Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen.
- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 7.250 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Internationalen Mitarbeiterbeteiligungs-

programm nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2001 Wandelschuldverschreibungen auf Stückaktien ausgegeben wurden und die Inhaber dieser Wandelschuldverschreibungen von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen.

- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 15.000 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsprogramm 2006 nach Maßgabe der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 9. Mai 2006 und vom 15. Mai 2007 Bezugsrechte ausgegeben wurden, die Inhaber der Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt, wobei für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin ausschließlich deren Aufsichtsrat zuständig ist.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, betreffen einige langfristige Finanzierungsverträge der Gesellschaft. Darin sind marktübliche Change of Control Klauseln enthalten, die den Gläubigern das Recht zur vorzeitigen Kündigung einräumen, wobei der Kontrollwechsel in einigen Fällen mit einer Herabstufung des Ratings der Gesellschaft verbunden sein muss.

3. Risiken der zukünftigen Entwicklung

3.1. Risikomanagement

Als weltweit tätiges Unternehmen ist der Konzern einer Vielzahl unterschiedlicher Risiken ausgesetzt, die direkt mit aktivem unternehmerischem Handeln verknüpft sind. Erst die Bereitschaft, Risiken einzugehen, ermöglicht es dem Konzern, sich bietende Chancen zu nutzen. Als Anbieter lebensrettender Produkte und Dienstleistungen für kranke Menschen ist der Konzern Konjunkturzyklen nur im geringen Maß unterworfen. Hierin unterscheidet sich der Konzern beispielsweise von Konsumgüterherstellern. Gleichzeitig bilden seine technologische Erfahrung und seine umfangreiche Marktkenntnis eine solide Basis, um Risiken so frühzeitig und so sicher wie möglich einzuschätzen.

Risikomanagement versteht der Konzern dabei als die fortwährende Aufgabe, das Spektrum möglicher und tatsächlicher Entwicklungen zu erfassen, zu analysieren, zu bewerten und – wenn möglich – in korrigierende Maßnahmen umzusetzen. Sein weit reichendes Risikomanagementsystem, dessen Grundsätze in konzernweiten Richtlinien festgeschrieben sind, ist damit ein wichtiger Bestandteil der Steuerung des Konzerns. Es ermöglicht seinem Management, Risiken, die das Wachstum oder das Fortbestehen des Konzerns gefährden könnten, bereits im Anfangsstadium zu identifizieren und soweit wie möglich in ihren Auswirkungen zu minimieren.

Risikomanagementsystem

Das im Rahmen des Integrierten Management-Systems etablierte Risikomanagement basiert sowohl auf einem konzernweiten Controlling als auch auf einem internen Überwachungssystem. Die in den einzelnen Regionen etablierten Überwachungssysteme bilden das Rückgrat seines Risikomanagements zur Überwachung der branchen- und marktinhärenten Risiken. Zweimal im Jahr werden dem Vorstand Statusberichte von den verantwortlichen Risikomanagern vorgelegt. Diese beinhalten qualitative und quantitative Einschätzungen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe von identifizierten Risiken, die den Konzern gefährden könnten. Im Fall von neu erkannten Risiken wird der Vorstand zudem direkt und umgehend informiert.

Grundlage für Steuerung, Kontrolle und zeitnahes Ergreifen von Vorsorgemaßnahmen, um Risiken zu begegnen, ist ein effizientes Berichtswesen. Daher wird das Management des

Konzerns monatlich und quartalsweise über die Branchensituation, das operative und nicht operative Geschäft sowie über Analysen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage informiert.

3.2. Risikofelder

Risikofaktoren, die Auswirkungen auf die Konzerngeschäftstätigkeit und damit auf den Konzern haben, zeigen sich in folgenden Bereichen:

a) Branchenspezifische Risiken

Regulatorisches Umfeld

Sowohl die Dienstleistungen als auch die Produkte des Konzerns unterliegen in nahezu jedem Land, in dem er tätig ist, umfassender staatlicher Regulierung. Darüber hinaus hat der Konzern weitere allgemein anwendbare Rechtsvorschriften, einschließlich kartellrechtlicher Vorschriften, zu beachten. Diese von dem Konzern zu beachtenden Gesetze und Vorschriften unterscheiden sich von Land zu Land und betreffen unter anderem die folgenden Bereiche:

- die Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit medizinischer und pharmazeutischer Produkte und Grundstoffe;
- den Betrieb von Produktionsanlagen, Labors und Dialysekliniken;
- den korrekten Ausweis und die Fakturierung von Erstattungen durch staatliche und private Krankenversicherer;
- die Vergütung für medizinisches Personal sowie finanzielle Vereinbarungen mit Ärzten und Einrichtungen, die Überweisungen von Patienten veranlassen.

Sollte der Konzern gegen diese zahlreichen gesundheitsrechtlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften verstoßen, kann dies vielfältige Rechtsfolgen nach sich ziehen. Zu diesen Rechtsfolgen zählen insbesondere Straf- und Bußgelder, erhöhte Aufwendungen zur Erfüllung behördlicher Auflagen, der Ausschluss von den Erstattungsprogrammen des staatlichen Gesundheitswesens oder die vollständige oder teilweise Untersagung der Geschäftstätigkeit. Dies alles kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erheblich beeinträchtigen.

US-Bundesgesundheitsversorgungsprogramme

Im Geschäftsjahr 2008 resultierten ungefähr 35 % der weltweiten Umsätze aus Medicare- und Medicaid-Erstattungen, d.h. Erstattungen aus staatlichen Gesundheitsversorgungsprogrammen in den USA. Änderungen in der Gesetzgebung bzw. Erstattungspraxis könnten sowohl den Umfang von Medicare- und Medicaid-Erstattungen für Dienstleistungen als auch den Umfang des Versicherungsschutzes beeinflussen. Ein Rückgang der Medicare- oder Medicaid-Erstattungsraten oder der erstatteten Leistungen könnte zu einer erheblichen Reduzierung der Umsatzerlöse und des Betriebsergebnisses führen.

Erythropoietin

Erstattungen und Umsatzerlöse aus der Verabreichung von Erythropoietin („EPO“) trugen in 2008 mit ungefähr 18 % zu den Umsatzerlösen in Nordamerika bei. Änderungen in den Richtlinien zur EPO-Erstattung, eine geänderte Verabreichung von EPO, Lieferunterbrechungen oder schlechtere Einkaufsbedingungen für EPO könnten Umsatzerlöse und Betriebsergebnis erheblich beeinträchtigen.

Erstattung durch Krankenversicherungen

In den USA wird ein Teil der Dialysebehandlung durch private Krankenversicherungen und so genannte Managed-Care-Organisationen erstattet. Falls es diesen Versicherungsträgern in den USA gelingt, eine Senkung der Erstattungssätze durchzusetzen, könnte dies die Umsatzerlöse für die Produkte und Dienstleistungen des Konzerns verringern.

Gesundheitsreformen

Eine Reihe von Regierungen arbeiten an Vorschlägen, das gegenwärtige System der staatlichen Gesundheitsfürsorge zu ändern, um den Zugang zur Gesundheitsfürsorge zu verbessern und deren Kosten zu kontrollieren. Für den Konzern könnte eine Umsetzung dieser Vorschläge zu deutlichen Umsatz- und Gewinneinbußen führen.

b) Risiken im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit

Wachstum

In der Gesundheitsbranche fand in den vergangenen Jahren eine erhebliche Konsolidierung statt, insbesondere in dem Bereich der Dialyседienstleistungen. Ob und inwieweit der Konzern zukünftig weitere Firmenzukäufe tätigen kann, hängt auch von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln sowie den geltenden Beschränkungen der bestehenden Kreditvereinbarungen ab. Bei der Integration von Firmenzukäufen kann es zu Schwierigkeiten kommen. Des Weiteren kann der Verlust von Lizenzen, Bescheinigungen oder anderen Genehmigungen zum Betrieb von Dialysekliniken oder zum Verkauf von Produkten unsere Geschäftstätigkeit beeinträchtigen.

Wettbewerber

Sowohl im Bereich Dialyседienstleistungen als auch im Verkauf von Dialyseprodukten sind zahlreiche Wettbewerber tätig. Einige von ihnen verfügen über erhebliche Finanz-, Vermarktungs- oder Forschungs- und Entwicklungsressourcen. In der Vergangenheit waren insbesondere technologische Innovationen ein bedeutender Wettbewerbsfaktor für das Geschäft mit Dialyseprodukten. Die Einführung neuer Produkte oder die Entwicklung überlegener Technologien durch Wettbewerber könnte eines oder mehrere Produkte des Konzerns weniger wettbewerbsfähig oder sogar überflüssig machen und damit den zukünftigen Absatz, die Preise der Produkte und den Umfang der Dienstleistungen wesentlich nachteilig beeinflussen. Dies beinhaltet auch die Einführung von Generika oder patentierten Medikamenten durch Wettbewerber, da dies Auswirkungen auf die von dem Konzern vertriebenen Arzneimittel haben könnte.

Überweisungspraxis

Der Erfolg des Geschäfts mit Dialyседienstleistungen hängt davon ab, dass Patienten Dialysekliniken des Konzerns für ihre Behandlung wählen. Patienten wählen eine Dialyseklinik entweder vollständig oder teilweise auf Grundlage der Empfehlung ihres Arztes. Sofern Ärzte und andere überweisende Stellen keine Patienten mehr an Dialysekliniken des Konzerns überweisen oder aufhören, Dialyseprodukte der Gesellschaft zu kaufen, würde dies zu Umsatzeinbußen führen.

Produkthaftung

Unternehmen in der Gesundheitsbranche sind regelmäßig Klagen wegen Sorgfaltspflichtverletzungen, Produkthaftung, Verletzung ihrer Gewährleistungspflichten, Behandlungsfehlern und anderen Ansprüchen ausgesetzt. Diese können hohe Schadensersatzforderungen und erhebliche Kosten für die Rechtsverteidigung mit sich bringen, unabhängig davon, ob letztlich ein Schadensersatzanspruch besteht. Klageverfahren können darüber hinaus dazu führen, dass Risiken dieser Art zukünftig nicht mehr zu angemessenen Bedingungen versichert

werden können. Produkte aus der Gesundheitsbranche können zudem Rückrufaktionen und Patentverletzungsklagen unterliegen.

Personal

Das kontinuierliche Wachstum im Bereich der Dialyседienstleistung hängt davon ab, gut ausgebildete Mitarbeiter, beispielsweise qualifiziertes Pflegepersonal und anderes medizinisches Personal, anzuwerben und zu halten. Der Wettbewerb um solche Mitarbeiter ist intensiv und die derzeitige Knappheit an Pflegepersonal hat die Personal- und Einstellungskosten erhöht. Darüber hinaus geht der Konzern davon aus, dass der zukünftige Erfolg als Dienstleistungsanbieter erheblich von der Fähigkeit abhängt, qualifizierte Ärzte zu gewinnen und zu halten, die als medizinische Leiter in Dialysekliniken tätig sind. Sofern es dem Konzern nicht gelingt, gut ausgebildetes und fachlich versiertes medizinisches und technisches Personal und Ingenieure anzuwerben und zu halten, könnte dies die Steuerung des zukünftigen Wachstums und die Weiter- und Neuentwicklung von Technologien beeinträchtigen und sich damit nachteilig auf die Ertragslage auswirken.

c) Sonstige Risiken

Wechselkurse und Zinsen

Der Konzern betreibt ein aktives Risikomanagement für die sich aus seiner Geschäftstätigkeit ergebenden Währungs- und Zinsrisiken. Das Risikomanagement basiert dabei auf Strategien, die in enger Zusammenarbeit mit dem Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin definiert wurden. Dazu gehören unter anderem Richtlinien, die sämtliche Phasen und Ebenen des Risikomanagementprozesses regeln. Sie bestimmen die Verantwortlichkeiten für die Ermittlung von Risiken, die sorgsame Anwendung von Finanzinstrumenten zu Absicherungszwecken und eine präzise Berichterstattung. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist auf die Absicherung von Risiken beschränkt, die im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit entstehen. Geschäfte zu Handels- und Spekulationszwecken werden nicht abgeschlossen. Alle Transaktionen erfolgen mit Banken mit einem hohen Rating, deren Auswahl vom Vorstand genehmigt wurde.

Der Konzern setzt Zinssicherungsinstrumente ein zur Vermeidung von Zinsänderungsrisiken aus variabel verzinsten langfristigen Krediten. Der Nominalwert der entsprechenden Sicherungsgeschäfte im Konzern belief sich zum 31. Dezember 2008 auf US-\$ 2,85 Mrd. Die Zinsderivate laufen zu verschiedenen Terminen zwischen 2009 und 2012 aus.

Derivative Devisenterminkontrakte werden zur Vermeidung von Wechselkursrisiken aus Verkäufen und Käufen zwischen Unternehmen des Konzerns, die in verschiedenen Ländern ansässig sind und in verschiedenen Währungen bilanzieren, sowie im Zusammenhang mit konzerninternen Finanzierungen abgeschlossen. Ein Hauptanteil der Transaktionsrisiken entsteht aus Verkäufen aus dem Euro-Raum an internationale Konzerngesellschaften. Der Nominalwert aller Kurssicherungsgeschäfte, vorwiegend für die Absicherung von € gegen US-\$ und gegen verschiedene andere Währungen, belief sich am 31. Dezember 2008 im Konzern auf US-\$ 0,8 Mrd. Die Veränderungen von Wechselkursen können sich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage auswirken.

Da die Absicherung des Konzerns gegen Zinsänderungs- und Wechselkursrisiken im Vordergrund steht, kann es in Einzelfällen dazu kommen, dass die Gesellschaft gegen entsprechende Risiken nicht vollständig abgesichert ist.

Steuern

Der Konzern unterliegt steuerlichen Betriebsprüfungen in den USA, in Deutschland und anderen Ländern. Der Konzern hat im Zusammenhang mit einigen dieser Betriebsprüfungen Mitteilungen über nachträgliche Änderungen von Steuerbescheiden und Bescheide über Abzugsverbote erhalten. Der Konzern geht gegen einige dieser nachteiligen Entscheidungen vor. Abweichende Einschätzungen durch die Steuerbehörden oder Gerichte könnten zu weiteren Steuerzahlungen verpflichten, die die Ertrags- und Finanzlage des Konzerns negativ beeinflussen.

Internationalität

Der Konzern betreibt Dialysekliniken in über 30 Ländern und vertreibt eine große Palette an Dialyseprodukten und -dienstleistungen an Kunden in mehr als 100 Ländern. Die internationale Geschäftstätigkeit unterliegt einer Reihe von Risiken, unter anderem den folgenden:

- der Konzern kann Schwierigkeiten haben, in fremden Rechtssystemen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durchzusetzen und einzuziehen;
- einige Rechtsordnungen beschränken den Konzern, Dialysekliniken oder sonstige Unternehmen zu erwerben;
- politische und wirtschaftliche Instabilität, insbesondere in Entwicklungsländern und Schwellenländern, kann die Aktivitäten beeinträchtigen;
- einige Staaten könnten zusätzliche Steuern erheben oder den Import von Produkten beschränken.

Diese Risiken könnten Kosten steigern, Einnahmen senken oder Aktivitäten beeinträchtigen, was erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnte.

Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Gesellschaft

Obwohl die Gesellschaft gegen die weltweiten Finanzkrisen des Jahres 2008 nicht immun ist, geht sie davon aus, dass sie sich in einer soliden finanziellen Lage befindet, die es ihr erlauben wird, ihr Geschäft kontinuierlich auszuweiten und gleichzeitig ihrer finanziellen Verpflichtung bei Fälligkeit nachzukommen. Die syndizierte Kreditfazilität der Gesellschaft verteilt sich auf 60 Darlehensgeber, von denen keiner mehr als 4 % der Darlehen aus der Kreditvereinbarung 2006 der Gesellschaft bereitstellt. Obwohl eine der 60 an dieser syndizierten Fazilität partizipierenden Banken im 4. Quartal 2008 ihrer Verpflichtung, der Gesellschaft im Rahmen der revolvingierenden Fazilität Mittel bereitzustellen, nicht nachgekommen ist, erwartet die Gesellschaft keine wesentlichen Probleme im Zusammenhang mit der Mittelverfügbarkeit bei der Inanspruchnahme dieser Kreditfazilität. Da die Gesellschaft den ausgefallenen Betrag als unwesentlich eingestuft hat, wurden keine Maßnahmen zur Abänderung der Kreditvereinbarung 2006 im Hinblick auf eine Ersetzung der ausgefallenen Bank getroffen.

Die Finanzierungsaktivitäten der Gesellschaft werden in nächsten Jahren auch darauf ausgerichtet sein, nachrangige Finanzierungsinstrumente zu reduzieren. So wurden die im Februar 2008 fällig gewordenen nachrangigen genussscheinähnlichen Wertpapiere der Fresenius Medical Care Capital Trust II und III nicht durch die Ausgabe neuer nachrangiger Wertpapiere refinanziert, sondern durch die Nutzung bestehender erstrangiger Kreditfazilitäten. Mittelfristig verfolgt die Gesellschaft das Ziel, dass ihr Finanzierungsportfolio ausschließlich aus erstrangigen unbesicherten Finanzverbindlichkeiten besteht.

Der Refinanzierungsbedarf der Gesellschaft in den Jahren 2009 und 2010 beschränkt sich auf die Refinanzierung der Euro-Schuldscheindarlehen in Höhe von € 200 Mio. im Juli 2009 sowie die jährliche Verlängerung des Forderungsverkaufsprogramms in Höhe von US-\$ 550 Mio. (etwa € 395 Mio.). Dieser Refinanzierungsbedarf, sowie die Dividendenausschüttung von etwa € 173 Mio. im Mai 2009 und die erwartete Dividendenzahlung im Jahr 2010 können

falls erforderlich aus den Mittelzuflüssen der Gesellschaft und aus bestehenden Kreditfazilitäten abgedeckt werden. Die vertraglichen Verpflichtungen aus Finanzverbindlichkeiten bieten genügend Flexibilität zur Abdeckung des Finanzierungsbedarfs der Gesellschaft. Generell geht die Gesellschaft davon aus, dass sie auch künftig über eine angemessene Finanzierung verfügen wird, um ihre Ziele zu erreichen und ihr Wachstum begleiten zu können.

4. Ausblick und Chancen der künftigen Entwicklung

4.1. Geschäftliche Entwicklung des Konzerns 2009 und 2010

Währungskursrelationen

Die Prognose des Konzerns für das Geschäftsjahr 2009 basiert auf einem erwarteten Wechselkurs von US-\$ 1,36 je €. Dieser Wert orientiert sich am Stichtagskurs am 31. Dezember 2008 von US-\$ 1,39 je €. Neben dem Wechselkurs von € zu US-\$ berücksichtigt der Konzern in seinen Prognosen auch weitere für die wirtschaftliche Entwicklung der Tochtergesellschaften relevante Wechselkurse, etwa ¥ zu US-\$ und ¥ zu €, wobei die derzeitigen volatilen Wechselkurse die Prognose der von den Tochtergesellschaften erzielten lokalen Ergebnisse als auch die Umrechnung dieser Ergebnisse in US-\$ stark beeinflussen und somit zu höheren Unsicherheiten und Schwankungsbreiten führen.

Umsatz

Im Geschäftsjahr 2009 will der Konzern den Umsatz weiter erhöhen: Er soll gegenüber 2008 auf über US-\$ 11,1 Milliarden steigen. Diese positive Entwicklung will der Konzern im Jahr 2010 fortsetzen: Das währungsbereinigte Umsatzwachstum soll 6 %-9 % betragen.

Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2009 will der Konzern einen Jahresüberschuss zwischen US-\$ 850 und 890 Millionen erwirtschaften.

Der Ausblick auf 2010 setzt stabile Wechselkurse in diesem Jahr und im Jahr 2010 voraus. Auf dieser Basis soll der Jahresüberschuss in Übereinstimmung mit den Zielen der Wachstumsstrategie „GOAL 10“ langfristig zulegen und damit auch im Jahr 2010 mehr als 10 % wachsen. „GOAL 10“ heißt die langfristige Strategie für das weitere Unternehmenswachstum bis 2010, die seit dem Frühjahr 2005 umgesetzt wird.

Dividende

Der Konzern verfolgt seit der Gründung des Unternehmens im Jahr 1996 eine langfristige ergebnisorientierte Dividendenpolitik. Die Dividende wurde – vorbehaltlich der Beschlussfassung auf der Hauptversammlung am 7. Mai 2009 – zwölf Mal in Folge erhöht. In dieser Zeit ist die Dividende je Stammaktie von € 0,17 auf vergleichbarer Basis auf € 0,58 für das Geschäftsjahr 2008 gestiegen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung um 11 % pro Jahr. Auch für die Jahre 2009 und 2010 plant der Konzern diese Kontinuität beizubehalten. Die Ausschüttungsquote soll in beiden Jahren konstant bei knapp einem Drittel des Jahresüberschusses und damit auf Vorjahresniveau bleiben.

Investitionen und Akquisitionen

Der Konzern strebt an, für Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen im Geschäftsjahr 2009 etwa 7-8 % des Umsatzes aufzuwenden. Davon sollten im Geschäftsjahr 2009 zwischen US-\$ 550 und 650 Millionen auf Investitionen entfallen; für Akquisitionen will der Konzern zwischen US-\$ 200 und 300 Millionen aufwenden. Im Geschäftsjahr 2010 soll dieses Investitions- und Akquisitionsniveau beibehalten werden.

Der Konzern plant, die Mehrheit dieser Mittel wie in den Vorjahren nach Nordamerika und Europa – und damit in die größten Geschäftsregionen – fließen zu lassen. Neben der ständigen Modernisierung der Dialysekliniken sowie Produktionsanlagen sollen die Investitionen insbesondere für die Eröffnung neuer Dialysekliniken, die Erweiterung der weltweiten Produktionskapazitäten und für Dialysemaschinen im Rahmen langfristiger Lieferverträge verwendet werden. Weitere Investitionen dienen der Rationalisierung der Produktion und der verbesserten Verwaltung von Patientendaten sowie der Leistungsabrechnung.

Darüber hinaus beabsichtigt der Konzern, weiter gezielt zu akquirieren und das weltweite Geschäft zu stärken. Dazu sollen in erster Linie weitere Dialysekliniken erworben werden.

Steuern

Für das Geschäftsjahr 2009 rechnet der Konzern mit einer Steuerquote zwischen 36 % und 37 %, die auch im Geschäftsjahr 2010 nicht überschritten werden soll.

Finanzierung

Die Zielgröße für den operativen Cash Flow in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 beträgt mehr als 10 % vom Umsatz. Dies berücksichtigt, dass es auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Lage einiger Länder zu längeren Forderungslaufzeiten kommen kann. Ein weiterhin fokussiertes Management des Umlaufvermögens soll die Erreichung der Cash Flow Ziele sicherstellen. Bei einem prognostizierten Umsatz von US-\$ 11,1 Milliarden würde der operative Cash Flow über US-\$ 1,1 Milliarden liegen.

Der Konzern orientiert sich in seiner langfristigen Finanzplanung am Debt/EBITDA-Verhältnis, das zum Ende des Jahres 2008 bei 2,69 lag. Auch zum Jahresende 2009 wird ein Wert unter 2,7 angestrebt, der im Jahr 2010 weiter reduziert werden soll.

Die folgende Tabelle fasst die Kennzahlen des Ausblicks zusammen:

	Ziele 2009	Ziele 2010
Umsatzwachstum	mehr als US-\$ 11,1 Mrd.	6% - 9%
Steigerung Jahresüberschuss	von US-\$ 818 Mio. auf US-\$ 850 – 890 Mio.	> 10%
Dividende	ergebnisorientierte Dividendenpolitik	ergebnisorientierte Dividendenpolitik
Investitionen und Akquisitionen	US-\$ 550 - 650 Mio. US-\$ 200 - 300 Mio.	~ 8% vom Umsatz
Steuerquote	36% - 37%	36% - 37%
Debt/EBITDA-Verhältnis	unter 2,7	unter 2,7

Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen, wenn eine der genannten oder andere Unsicherheiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen.

4.2. Chancen

Einige demografische Trends tragen entscheidend zu den Chancen der Gesellschaft bei. Dazu zählen die älter werdende Bevölkerung und die steigende Zahl der Menschen, die an Diabetes und Bluthochdruck leiden – den beiden Erkrankungen, die häufig dem terminalen Nierenversagen vorausgehen. Mit diesen Entwicklungen steigt auch der Bedarf an Dialyseprodukten und -dienstleistungen. Die Gesellschaft will zur Deckung dieses Bedarfs wesentlich beitragen und nierenkranke Patienten mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen versorgen.

Wichtige Chancen für die Gesellschaft bieten sich mit der Erschließung weiterer Märkte, insbesondere in Osteuropa und in den Ländern Asiens. Zwar verkauft die Gesellschaft in den meisten dieser Märkte bereits heute Dialyseprodukte über Distributoren oder eigene Vertriebsorganisationen, ist aber zum Teil nicht als Anbieter von Dialyседienstleistungen mit eigenen Kliniken tätig. Dies ist zum einen auf rechtliche Restriktionen zurückzuführen; zum anderen sind oftmals die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gegeben, etwa die entsprechenden Vergütungsstrukturen oder funktionierende Gesundheitssysteme.

Grundlegend neue Chancen für die Gesellschaft könnten auf Grund veränderter rechtlicher Vorschriften in Japan entstehen. Sollten sich dort zum Beispiel die Rahmenbedingungen für den Betrieb von Dialysekliniken durch privatwirtschaftlich tätige Unternehmen wie Fresenius Medical Care ändern, ergäben sich hieraus wichtige neue Absatzmöglichkeiten. Japan ist der größte Markt in Asien: Dort leben rund 290.000 Dialysepatienten und damit mehr als die Hälfte aller Dialysepatienten in Asien. Auch bevölkerungsreiche Länder wie China und Indien bieten langfristig interessante Wachstumschancen. Deshalb will die Gesellschaft seine Präsenz in den acht größten Städten Indiens künftig verstärken und dort Dialyседienstleistungen anbieten.

Die Gesellschaft nimmt in Deutschland, dem viertgrößten Markt der Welt, auf Grund der Qualität seiner angebotenen Produkte schon heute eine ausgezeichnete Marktposition ein. Konnten bislang nur niedergelassene Ärzte, Krankenhäuser oder gemeinnützige Organisationen Dialysezentren betreiben, ist es Fresenius Medical Care nun möglich, Dialyседienstleistungen im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) anzubieten – das sind fachübergreifende, ärztlich geleitete Einrichtungen, in denen Ärzte als Angestellte oder Vertragsärzte tätig sind. Die Gesellschaft versteht sich als Partner seiner Kunden beim Aufbau von neuen Versorgungsstrukturen im deutschen Gesundheitswesen und wird sich bietende Gelegenheiten wahrnehmen, um sein Geschäft durch ein solches Engagement langfristig zu stärken. Ende 2008 war die Gesellschaft an insgesamt zwei MVZ beteiligt.

Ein weiteres Geschäftsfeld mit langfristig herausragenden Wachstumschancen sind Dialysemedikamente. Die Integration des Phosphatbinders PhosLo in das Produktportfolio im Herbst 2006 sowie die Erweiterung um intravenös zu verabreichende Eisenpräparate im vergangenen Geschäftsjahr sind hier wesentliche Schritte gewesen. Zu den Dialysemedikamenten zählen neben Phosphatbindern und Eisenpräparaten unter anderem auch Vitamin-D- sowie Kalziummimetika. Die Gesellschaft schätzt die für den Dialysemarkt relevante Marktgröße für diese vier Produktgruppen auf insgesamt mehr als US-\$ 2,2 Milliarden.

Chancen ergeben sich auch aus der Forschung und Entwicklung neuer Möglichkeiten für die Behandlung Nierenkranker. Langfristig vorstellbar ist zum Beispiel die Entwicklung von tragbaren künstlichen Nieren. Die Forschungsvorhaben dazu stehen allerdings noch am Anfang, die Behandlung signifikanter Patientengruppen ist daher kurz- und mittelfristig nicht vorstellbar. Fresenius Medical Care hat mit der Akquisition der Renal Solutions, Inc. Ende des Geschäftsjahres 2007 einen ersten wichtigen Schritt unternommen. Wenn solche Systeme entwickelt wären, würden aus deren Einsatz wesentliche Chancen für Fresenius Medical Care bei Dialyseprodukten und den mit der Heimdialyse verbundenen Dienstleistungen erwachsen.

5. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2008 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten, die die ausgewiesenen Kennzahlen und Geschäftsergebnisse in irgendeiner Form nennenswert beeinflussen.

6. Abhängigkeitsbericht

Die persönlich haftende Gesellschafterin der FMC-AG & Co. KGaA hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt und folgende Schlussklärung gegeben: „Bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen hat unsere Gesellschaft nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen worden sind, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Hof an der Saale, den 11. Februar 2009

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin
Fresenius Medical Care Management AG

Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, Hof an der Saale, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des gesetzlichen Vertreters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.



Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 12. Februar 2009

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(vormals
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)

Kuhn
Wirtschaftsprüfer

Bock
Wirtschaftsprüfer

**Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA,
Hof an der Saale**

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Hof an der Saale, 11. Februar 2009

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin
Fresenius Medical Care Management AG

Der Vorstand

Dr. B. Lipps

R. Fusté

Dr. R. Runte

R. Powell

Dr. E. Gatti

L. Rosen

M. Wahlstrom

Bericht des Aufsichtsrats
der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
für das Geschäftsjahr 2008

Im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats standen im abgelaufenen Jahr 2008 die langfristigen strategischen Zielsetzungen des Unternehmens, die regionalen Wachstumskonzepte, die technischen Entwicklungsmöglichkeiten der Dialysebehandlung und die Erweiterung der geschäftlichen Aktivitäten im Bereich der Pharmazeutika bei der Dialysebehandlung, sowie die Stellung des Unternehmens vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung.

Im Einzelnen:

Der Aufsichtsrat hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr ausführlich mit der Lage und den Perspektiven des Unternehmens und verschiedenen Sonderthemen befasst sowie die ihm nach Gesetz, Satzung und dem Deutschen Corporate Governance Kodex zugewiesenen Aufgaben wahrgenommen. Wir haben die Geschäftsführung des Unternehmens, d.h. den Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin, bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft im Rahmen unserer Verantwortung als Aufsichtsrat der Kommanditgesellschaft auf Aktien überwacht. Die Geschäftsführung unterrichtete uns in schriftlichen und mündlichen Berichten regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle maßgeblichen Fragen der Geschäftspolitik sowie der Unternehmensplanung und Strategie, über den Gang der Geschäfte, über die Rentabilität, die Lage des Konzerns sowie über die Risikosituation und das Risikomanagement. Wir haben wieder wie in den vergangenen Jahren die wirtschaftliche Entwicklung der Akquisitionen der Vorjahre überprüft und mit den Planungen und Prognosen im Zeitpunkt der jeweiligen Akquisitionen verglichen.

Sitzungen:

Im Geschäftsjahr 2008 fanden vier Aufsichtsratssitzungen statt. Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Zwischen den Sitzungen sind schriftliche Informationen erteilt worden; mehrfach hat der Aufsichtsrat in Telefonkonferenzen eilbedürftige Themen erörtert.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat ferner zwischen den Sitzungen engen Kontakt mit dem Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin gehalten. Der Aufsichtsrat hat auch im Berichtsjahr wiederum die Tradition fortgesetzt, leitende Mitarbeiter bei der Präsentation ausgewählter Themen kennenzulernen.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat hat sich im Jahre 2008 mehrfach mit der patentrechtlichen Situation der Gesellschaft befasst, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen mit den Wettbewerbern Gambro und Baxter.

Der Aufsichtsrat hat wiederum in einer eineinhalbtägigen Strategiesitzung im Herbst gemeinsam mit der Geschäftsführung über die mittel- und langfristigen Perspektiven der Gesellschaft beraten. Im Mittelpunkt stand dabei die Heimdialyse, und zwar sowohl die Weiterentwicklung der technologischen Grundlagen für diese wie auch die Dienstleistungen rund um die Heimversorgung.

Der Aufsichtsrat hat mit dem Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin die mittel- und langfristigen Entwicklungschancen in den verschiedenen Regionen erörtert und sich über die – oftmals landesspezifischen – Situationen der Kostenerstattung durch öffentliche Träger und private Versicherer berichten lassen.

Die Tätigkeit des Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschusses:

Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss, dem Herr Dr. Walter L. Weisman vorsitzt, tagte im Berichtsjahr insgesamt vier Mal in Sitzungen und hielt mehrere Telefonkonferenzen ab. Er befasste sich mit dem Jahres- und dem Konzernabschluss, dem Gewinnverwendungsvorschlag und dem Bericht 20-F für die amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC). Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss hat ferner jeweils die Quartalsberichte mit der Geschäftsführung erörtert. Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss hat sich von der Unabhängigkeit des Abschluss- und Konzernabschlussprüfers überzeugt, den Prüfungsauftrag an ihn erteilt, die Honorarvereinbarung mit ihm getroffen und die Prüfungsschwerpunkte mit ihm erörtert und festgelegt. Vertreter des Abschlussprüfers haben an allen Sitzungen des Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschusses teilgenommen

und dabei jeweils über ihre Prüfungstätigkeit bzw. die prüferische Durchsicht der Quartalsabschlüsse berichtet.

Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und das Risikomanagement bei der Gesellschaft wurden mehrfach erörtert. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Abschlussprüfung Struktur und Funktion des Risikomanagements geprüft und nicht beanstandet. Über größere Einzelrisiken hat der Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin periodisch Bericht erstattet. Der Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin hat dem Ausschuss ferner jeweils über die Compliance-Situation der Gesellschaft regelmäßig, d.h. in allen ordentlichen Sitzungen des Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschusses Bericht erstattet.

Im Jahr 2008 hat sich der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss erneut intensiv mit dem internen Kontrollsystem nach dem Sarbanes-Oxley Act („SOX 404“) bei der Gesellschaft befasst. Die Gesellschaft hat am 12. Februar 2009 den uneingeschränkten Prüfungsvermerk der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, für die Umsetzung der Regelungen von SOX 404 im Geschäftsjahr 2008 erhalten.

Gegenstand der Prüfungen des Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschusses waren auch wieder die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zur Fresenius SE bzw. mit ihr verbundener Unternehmen. Hier konnte jeweils bestätigt werden, dass diese Beziehungen solchen zwischen fremden Dritten („at arms' length“) entsprechen.

Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss hat jeweils den Gesamtaufsichtsrat vom Ergebnis seiner Beratungen unterrichtet.

Gemeinsamer Ausschuss:

Der nach der Satzung der Gesellschaft in 2006 eingerichtete Gemeinsame Ausschuss, dessen Zustimmung für bestimmte wesentliche Transaktionen und bestimmte Rechtsgeschäfte zwischen der Gesellschaft und der Fresenius SE bzw. mit ihr verbundener Unternehmen erforderlich ist, hat im Jahre 2008 nicht getagt, da keine zustimmungspflichtigen Geschäfte getätigt wurden.

Corporate Governance:

Der Aufsichtsrat hat sich mit der Überprüfung seiner Effizienz und dem Informationsaustausch zwischen dem Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat und zwischen dem Aufsichtsrat und dem Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss befasst. Beanstandungen haben sich hierbei nicht ergeben.

Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss tagt regelmäßig im Anschluss an seine Präsenzsitzungen gemeinsam mit Vertretern des Abschlussprüfers ohne Anwesenheit von Mitgliedern des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin.

In seiner Sitzung vom 18. November 2008 hat der Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung der Gesellschaft nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex erörtert und beschlossen. Die Entsprechenserklärung gilt in der auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemachten Fassung vom Dezember 2008. Die Ausnahmen von den Empfehlungen des Kodex betreffen unverändert nur die (fehlende) Altersgrenze für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, ferner die Vergütung des Aufsichtsrats, bei der auf einen erfolgsorientierten Bestandteil verzichtet wird.

Der Corporate Governance Bericht der persönlich haftenden Gesellschafterin und des Aufsichtsrats findet sich auf den Seiten 91 ff. des Geschäftsberichts.

Jahres- und Konzernabschluss:

Der Jahresabschluss der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA und der Lagebericht wurden nach den Regeln des deutschen Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellt, der Konzernabschluss und Konzernlagebericht in Übereinstimmung mit den „International Financial Reporting Standards“ (IFRS). Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht für die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht für die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, jeweils für das Geschäftsjahr 2008, wurden durch die durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Mai 2008 zum Abschlussprüfer gewählte und vom Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss des Aufsichtsrats beauftragte KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (vormals firmierend als KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft), Frankfurt am Main, geprüft; sie sind jeweils mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers lagen dem Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss sowie dem Aufsichtsrat vor. Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss hat unter Berücksichtigung der Prüfungsberichte des Abschluss- und Konzernabschlussprüfers und in Gesprächen mit diesem den Jahres- und den Konzernabschluss und die Lageberichte geprüft und hierüber dem Aufsichtsrat Bericht erstattet.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns, sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht, jeweils für das Geschäftsjahr 2008, auch seinerseits geprüft. Die Unterlagen wurden ihm rechtzeitig zugeleitet. Mit dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Konzernabschlusses durch den Abschlussprüfer erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden. Auch nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung durch den Aufsichtsrat, der ebenso wie der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss die Vertreter des Abschluss- und Konzernabschlussprüfers, die die Prüfungsberichte unterzeichnet haben, hierzu selbst angehört hat, sind gegen den Jahresabschluss und den Lagebericht der Gesellschaft sowie gegen den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat billigte in der Sitzung vom 18. Februar 2009 den von der persönlich haftenden Gesellschafterin vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA für das Jahr 2008. In dieser Sitzung ist auch der Entwurf des Berichts gemäß Form 20-F zur Einreichung bei der Securities and Exchange Commission (SEC) erörtert worden, der neben anderen Angaben den Konzernabschluss und Konzernlagebericht in Übereinstimmung mit den US-amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätzen („U. S. Generally Accepted Accounting Principles“, US GAAP) mit dem US-Dollar als Berichtswährung beinhaltet. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 12. März 2009 gebilligt worden. Der Aufsichtsrat hat dem Gewinnverwendungsvorschlag der persönlich haftenden Gesellschafterin zugestimmt, der eine Dividende von € 0,58 für Stammaktien und von € 0,60 für Vorzugsaktien vorsieht.

Abhängigkeitsbericht:

Die persönlich haftende Gesellschafterin Fresenius Medical Care Management AG hat gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2008 einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Der Bericht enthält die Schlusserklärung der persönlich haftenden Gesellschafterin, dass die Gesellschaft bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die der persönlich haftenden Gesellschafterin zum Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen worden sind, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden ist. Der Aufsichtsrat und der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss haben den Bericht geprüft. Der Abschlussprüfer hat an den entsprechenden Verhandlungen teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat und der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss teilen die Auffassung des Abschlussprüfers, der diesen Bericht am 12. Februar 2009 mit folgendem Bestätigungsvermerk versehen hat:

“Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass (1) die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, (2) bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war, (3) bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch die persönlich haftende Gesellschafterin sprechen.“

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und für die im Jahre 2008 geleistete engagierte Arbeit.

Bad Homburg v.d.H., den 12. März 2009

Der Aufsichtsrat

Dr. Gerd Krick

**Erklärung von Vorstand der
Fresenius Medical Care Management AG
und Aufsichtsrat der
Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
zum Deutschen Corporate Governance Kodex
in der Fassung vom 6. Juni 2008 gemäß § 161 AktG**

Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA und Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA (nachfolgend der „Vorstand“) erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird. Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA und Vorstand beabsichtigen auch in Zukunft, die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten. Lediglich die folgenden Empfehlungen wurden, respektive werden nicht angewendet:

Kodex Ziffer 5.1.2 und 5.4.1

„Altersgrenze für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder“

Gemäß Ziffer 5.4.1 des Kodex soll eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder festgelegt werden. Dasselbe soll gemäß Ziffer 5.1.2 des Kodex für Vorstandsmitglieder gelten. Fresenius Medical Care wird - wie in der Vergangenheit - auch künftig von der Festlegung von Altersgrenzen für Aufsichtsratsmitglieder und für Mitglieder des Vorstands absehen, da dies die Auswahl qualifizierter Kandidaten pauschal einschränken würde.

Kodex Ziffer 5.4.6

„Vergütung des Aufsichtsrats“

Gemäß Ziffer 5.4.6 des Kodex sollen Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten. Diese erfolgsorientierte Vergütung sollte auch auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene Bestandteile enthalten. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care erhalten derzeit ausschließlich eine feste Vergütung. Darüber hinaus wird die mögliche Einführung einer an den Unternehmenserfolg gebundenen erfolgsorientierten Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats regelmäßig geprüft.

Bad Homburg, Dezember 2008

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
Aufsichtsrat und
Vorstand (der Fresenius Medical Care Management AG)